Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 53 (1975-1976)

Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich, Rämistr. 66 8025 Zürich 53. Jahrgang Nr. 2 Mai 1975 Auflage 17 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich Erscheint neunmal jährlich

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Felix Ritter

Redaktion/Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30, Postcheck 80-35 598

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235, Einsp. mm-Zeile Fr. –.48

Abonnemente: Jahresabonnement (inkl. «das konzept») Inland Fr. 21.— Ausland Fr. 24.— Bestellungen bei der Administration

und **das konzept**

Bericht über die studentischen Kinderkrippen

...damit sie nicht werden wie wir

Wer sich einmal an die Rämistrasse 66 verirrt, in das Haus, wo auch die Studentenschaft der Universität Zürich ihre Büros und die Druckerei besitzt, der mag erstaunt sein, wenn ihn vor dem Haus ein lustiger Haufen Kinder lautstark begrüsst und vielleicht zum Spielen einlädt. Die wenigsten Zürcher Studenten wissen nämlich, dass hier seit 1971 die Uni-Kindertagesstätte (kurz: Kita) zu Hause ist. Ebenso unbekannt ist ihnen die Tatsache, dass die Studentenschaften von Universität und ETH noch zwei weitere Ganztageskindergärten geschaffen haben. Wie sind diese Kindergärten entstanden, wie sind sie organisiert, was haben sie zu bieten?

Gegen Ende der sechziger Jahre wurde an Zürichs Hochschulen der Ruf nach einer Kinderkrippe, in die Studentinnen ihre Kinder tagsüber bringen könnten, immer lauter. Es war praktisch unmöglich, ein kleines Kind zu haben und gleichzeitig zu studieren, ein Problem, das nicht nur die studentischen Mütter, sondern auch viele Assistentinnen betraf. So hielt der *Kleine Studentenrat der Universität (KStR)* in einem Dokument 1969 fest: «*Aus der knappen Umfrage, die der KStR zu Beginn dieses Semesters durchgeführt hat, geht hervor, dass (neben anderen Problemen) ... die Unmöglichkeit, während der Vorlesungen kleine Kinder irgendwo unterzubringen ..., beklagt wird. Der KStR wird sich dieses Problems annehmen und als erstes die Schaffung einer universitären Kinderkrippe ins Auge fassen.*»

Bedürfnis vorhanden

Ein Jahr darauf meldeten sich auf einen Fragebogen hin über 100 interessierte Familien mit insgesamt 143 Kindern. An der ETH hatte parallel dazu der *Verband der Studierenden an der ETH (VSETH)* die Idee einer Kinderkrippe aufgegriffen und auf eine kleine Umfrage 70 Antworten erhalten. Damit war an beiden Hochschulen ein klares Bedürfnis ausgewiesen.

Nur ein Jahr später, zu Beginn des Sommersemesters 1971, war es dann soweit, dass an der Rämistrasse 66 die erste Uni-Kindertagesstätte ihren Betrieb provisorisch aufnehmen konnte. Zwar war der Raum, eine alte Parterrewohnung, von der Universität gratis zur Verfügung gestellt worden, aber ein Gesuch um Gewährung eines jährlichen Staatsbeitrages in der Höhe der Personalkosten (maximal aber 100 000 Fr.) beim Regierungsrat abgeblitzt. «*Die Isolierung der Akademikerkinder* ist *nicht wünschbar*», hiess es damals in der regierungsrätlichen Antwort. Da dies auch die Ansicht der Studenten war, die die Initiative zur Schaffung der Kita ergriffen hatten, fand sie ihren Niederschlag in den Statuten des *Vereins Uni-Kindertagesstätte:* 40–60% der Kinder sollen von Hochschulangehörigen (Studenten, Assistenten, Dozenten und Personal), der Rest aus Kreisen ausserhalb der Universität stammen.

Keine Unterstützung vom Kanton

Obwohl dergestalt versucht wurde, der Isolierung der Akademikerkinder entgegenzusteuern, liess sich der Regierungsrat nicht umstimmen. Er war der Ansicht, die Räume an der Rämistrasse seien schon gratis zur Verfügung gestellt worden, und das sei der Subventionen genug. Er hatte seine Meinung gemacht, und wahrscheinlich war ihm auch die pädagogische Ausrichtung der Kita ein Dorn im Auge. Ein Vertreter der Studentenschaft hatte nämlich im «zürcher student» geschrieben, die Kita sei ein *Projekt, an dem die Eltern in gemeinsamer Beratung mitarbeiten. Diese Grundhaltung ist eng verbunden mit dem Versuch, eine antiautoritäre Erziehung zu praktizieren.*» Das Schlagwort von der «antiautoritären Erziehung» muss wohl für die Herren Regierungsräte etwas mit sexueller Verwilderung und politischer Beeinflussung der Kinder zu tun gehabt haben, wie es die rechte Sensationspresse zu jener Zeit in den allerbuntesten Farben schilderte. Dass dem mitnichten so ist, wenn es darum geht, dieses Schlagwort inhaltlich auszufüllen, dass es vielmehr um eine *möglichst repressionsfreie Erziehung,* um den Abbau von unnötigen Verboten geht, das versucht der Bericht aus der Kita in dieser Nummer des «zs» zu zeigen.

Neue Kinderkrippen

Unterdessen waren an der ETH die Vorarbeiten so weit gediehen, dass Anfang 1972 an der Hochstrasse 60 in Fluntern die studentische Kinderkrippe (Kikri ETH) eröffnet werden konnte. Die Eltern der zukünftigen Krippebesucher hatten in ihrer Freizeit eine von der ETH-Verwaltung zur Verfügung gestellte Altwohnung «aufgemöbelt». Seit 1973 besteht an der Plattenstrasse eine weitere Kita. Und schliesslich ist noch die Studentinnenkinderkrippe zu erwähnen, eine Halbtages-Kinderkrippe allerdings, die seit ungefähr vier Jahren Kinder von Hochschulangehörigen aufnimmt.

Im Gegensatz zu den Kita an der Universität, die bewusst auch Kinder aus ausseruniversitären Kreisen aufnehmen, können nur Angehörige der ETH-Z (Studenten, Assistenten, Angestellte) Mitglied des *Vereins Kikri ETH* werden – und damit ihre Kinder in die Kikri bringen. Dafür stellt die ETH der Kikri jährlich 50 000 Fr. für die Löhne zur Verfügung, eine Summe, die allerdings seit der Eröffnung der Kikri nie der Teuerung angepasst worden ist. Trotzdem hat dies seine Auswirkungen gerade auf die finanzschwachen Eltern, z. B. die Studenten: Während an der ETH die Kikri zwischen 120 und 450 Fr. pro Monat kostet, sind die Kindertagesstätten an der Universität, die selbstragend sein müssen, sehr teuer: 250–450 Fr. (bei ETH und Uni sozial nach Einkommen abgestuft).

Elternmitarbeit

Die Kindergärten, vor allem die der Universität, sind auf eine aktive Mitarbeit seitens der Eltern angewiesen, schon allein aus finanziellen Gründen, aber auch deshalb, weil die Eltern bei der Gestaltung des Kindergartenbetriebes aktiv mitarbeiten und Mitverantwortung tragen sollen. So gibt es die eine, mehr praktische Seite der Mitarbeit (Kinderhüten, Putzen, Kochen) und die andere, eher theoretische, die in der regelmässigen Teilnahme an den wöchentlichen Elternsitzungen besteht. Dort werden die Probleme, die sich aus der praktischen Arbeit mit den Kindern ergeben, diskutiert und vermittelt, dort findet die Auseinandersetzung mit neuen und alten Erziehungspraktiken statt, wird die Mitarbeit der folgenden Woche organisiert.

Auch in der Kikri ETH – ebenfalls einer Ganztages-Kinderstätte – helfen die Eltern aktiv mit und bleiben dadurch fast automatisch in einer engen Beziehung zum Kindergarten und zu den Kindergärtnerinnen: sie hüten einmal pro Woche, während der Mittagspause, die Kinder.

Betreut werden die momentan 33 Kinder in der Kikri ETH (hauptsächlich Assistentenkinder im Alter zwischen einem und sieben Jahren) von zwei Kindergärtnerinnen, zwei zukünftigen Kleinkindererzieherinnen und einer Praktikantin. Da die Altersunterschiede relativ gross sind, wurden die Kinder in drei Gruppen eingeteilt. Dadurch wird es möglich, die Aktivitäten dem Alter der Kinder anzupassen: mehr Vorschulerziehung für die Grossen, mehr Spiele für die Kleinen. Diese Aktivitäten halten sich für die ganze Kinderkrippe an Themenschwerpunkte (z. B. Holland, Winter), die von den Kindergärtnerinnen vorbereitet werden. Trotzdem wird auf die Eigeninitiative der Kinder grosser Wert gelegt und versucht, die Kinder die Lernschritte möglichst spontan und frei machen zu lassen.

Konkurrenz abbauen!

Etwas anders ist die Betreuung der Kinder an den beiden Kita organisiert, in denen sich zur Zeit je 15 Kinder befinden. Betreut werden die Kinder jeweils von zwei Bezugspersonen, deren eine immer eine ausgebildete Kindergärtnerin ist. Die andere Bezugsperson kann je nachdem ein Elternteil, eine Praktikantin oder dann und wann auch der Delegierte der Studentenschaft sein, der über den Betrieb der beiden Kita die Aufsicht führt. Die Kinder sollen weitgehend lernen, möglichst gemeinsam und aus eigener Initiative ihre Zeit zu gestalten. Nicht Konkurrenzspiele werden gefördert, in denen einer gewinnt und der andere verliert, sondern jene, in denen alle Kinder die Gewinner sein können, weil sie lernen, einander zu helfen, untereinander solidarisch zu sein. Am Phantasie seitens der Kinder mangelt es nicht, es ist Sache der Bezugspersonen, auf diese vielfältigen Ideen einzugehen, sie aufzugreifen und durch Setzen von Schwerpunkten, durch Organisation und Hilfe zu ordnen.

Kinder umschiffen Sachzwänge

Durch die teils schlechten Verhältnisse werden allerdings einengende Randbedingungen gesetzt. Finanzielle beispielsweise: Die Anschaffung von Werkzeugen, neuen Spielsachen und Bastelmaterialien muss aus dem Geld der Eltern bestritten werden. Wenn keines vorhanden ist, helfen sich die Kinder selbst und basteln Spielzeug aus alten Kisten und Tüchern, ein Schiff vielleicht, und sie haben ganz offensichtlich mehr Freude daran als an irgendwelchem gekauftem Krimskrams. Denn es ist «ihr» Schiff, sie haben es selbst gebaut, es sind ihre eigenen Ideen, ihre Phantasie, die drinsteckt.

Fortsetzung auf Seite 2

Platzkarten – Demokraten

Man war sich einig: Der Wahlkampf für die Zürcher Kantons- und Regierungsratswahlen blieb verschlafen und langweilig. Die Kandidaten des offiziellen «Wahlzirkus» waren sich zu einig, als dass je eine echte Kontroverse in Gang gekommen wäre. Die Kandidaturen von POCH und RML haben daran wenig zu ändern vermocht.

Leben ins abgekartete Spiel brachte die von der Gewerkschaft Kultur, Erziehung, Wissenschaft (GKEW) initiierte «Anti-Gilgen-Kampagne». Mit Dokumentation, Flugblättern und Strassentheater kritisierte sie die «repressive Bildungspolitik Alfred Gilgens». Auf die ersten Pressemeldungen reagierte der Landesring allergisch: Er warf dem Komitee vor, im Schutz der Anonymität zu operieren. Es sei «nicht gelungen, Namen und Adressen der anonymen Initianten» ausfindig zu machen. Er setzte dem Komitee eine Frist, sich der Diskussion zu stellen; vier Tage später sollte eine öffentliche Veranstaltung stattfinden.

Anonyme Gewerkschaft? Ein absurder Vorwurf. Oder ist eine Gewerkschaft anonymer als eine politische Partei? Nach den tatsächlich anonymen Komitees in Abstimmungs- und Wahlkämpfen fragt jeweils niemand. Nach der «Aktion Schützt die Uni» beispielsweise, die in Pro-Gilgen-Inseraten behauptet: «Die Universität soll zur Brutstätte der Unzufriedenheit umgekrempelt werden.» Die Presse jedenfalls griff das Thema dankbar auf und versuchte das Komitee ins linke Abseits zu drängen. Die «NZZ» – wie immer – voran: «Kopfjägerei», «aus dem Hinterhalt der Anonymität vorgetragen». Alfred Gilgen jedenfalls hatte mit handgeschriebener Karte Dokumentationen bestellt, bezahlt und erhalten. Er muss wohl findiger sein als der Landesring. Lehrer und Eltern hatten neue Repressionsfälle gemeldet, die Diskussion gesucht. An der richtigen Adresse. Problemlos. Auch sie scheinen schlauer als der Landesring.

Das Komitee stellte sich der Diskussion. Fristgemäss. Verhandelte mit dem Landesring über die Diskussionsveranstaltung. Nicht nur Namen und Adressen, sogar Gesichter waren bekannt. Doch der Landesring hatte seine Inserate für die Veranstaltung bereits erscheinen lassen. Entgegen den eigenen Versprechen. «Heraus aus der Anonymität» und «Herunter mit der Maske», «Jedermann ist zu dieser hochinteressanten Veranstaltung eingeladen» war die Parole.

«Jedermann» kam. In zu grosser Zahl, als dass der neuste Landesring-Trick noch hätte klappen können. Es nützte nichts, dass der Landesring seine Parteimitglieder in einem Rundschreiben eine halbe Stunde früher aufgeboten hatte. Es nützte auch nichts, dass der Landesring im 750plätzigen Börsensaal halbe-halbe machen wollte. Mit Gilgen-Konterfei als Platzkarte. 250 Plätze für die Gegner, 250 für den LdU und nochmals 250 ... wohl auch noch für den Landesring. Die Beschränkung stiess auf Widerstand. Über 1200 öffentlich Eingeladene begehrten Einlass. Doppelt so viele wie beim All-Parteien-Wahlzirkus eine Woche früher. Dass es in der Mehrzahl Gilgens Gegner waren, die mit dem harten Mann im ED diskutieren wollten, erstaunt nicht. Gilgen hat sich der Diskussion mit Betroffenen vier Jahre lang entzogen.

Die Diskussion war hart, manchmal hitzig. Der «Züri Leu» – nach dem Rausschmiss eines profilierten Journalisten dank Inserentenintervention nun auf der rechten Linie – sah einen «souveränen» Gilgen, «kühl, sachlich und fast immer beschlagen». Auch so kann man die Arroganz der Macht benennen. Alfred Gilgen (Wahlspruch: «Standfest gegen Extremisten») beschäftigt sich zum Beispiel mit Dienstverweigerern. «Differenziert», wie er sagt. Wie differenziert, erklärte er gleich selbst: Politische Dienstverweigerer liegen als Lehrer zum vornherein nicht drin. Oder er behauptet: «Dossiers führen wir nicht», und weiss trotzdem, dass ein kürzlich aus politischen Gründen nicht mehr angestellter qualifizierter Lehrer, «obwohl über 30jährig», bei allen linksextremen Demonstrationen dabei war». Es handelte sich nur um bewilligte Demonstrationen notabene. «Wer an öffentlichen Demonstrationen teilnimmt, riskiert eben, gesehen zu werden», meint Gilgen. Warum die Erziehungsdirektion nachher darüber – und auch über weitere politische Aktivitäten – detailliert Bescheid weiss, wird nicht erklärt.

Alfred Gilgen ist wiedergewählt worden. Nicht sehr brillant, aber um die Stimmen des Volkes hat ja der konsequente Politiker nie gebuhlt. Die «harte Linie» ist gefragt, darin weiss er sich einig mit allen, die in der Schweiz für «Ruhe und Ordnung» sich stark machen. Er wird weiterregieren, mit Lehrerentlassungen, mit einem Schulversuchsgesetz, das Reformen erschwert, «für eine mustergültige Universität» (Wahlplakat) und wenn nötig, auch hier – mit Platzkarten.

Redaktion «zürcher student» / «das konzept»

Assistenten assistiert uns!

Seit Jahren liest du den «zürcher studenten». Seit Jahren findest du darin Interessantes und Belangloses, Kurz- und Langweiliges, An- oder Aufregendes. Vielleicht hat dich der «zs» mitunter sogar geärgert, vielleicht warst du schon froh, dass mindestens er «es sagte».

Die Produktion einer Zeitung wie des «zs» ist in den letzten Jahren immer teurer geworden. Mit den Beiträgen der Studenten aber muss sparsam gehaushaltet werden. Und mit einem kleinen Teil davon wurde schliesslich bisher der «zs» finanziert. Wir glauben, dass der «Mittelbau» bereit ist, sich mit dem «Unterbau» solidarisch zu zeigen. Wir sind überzeugt, dass auch er die Arbeit, die hinter der Herausgabe einer Studentenzeitung steckt, schätzt. Deshalb unser Aufruf:

Bezahle dem «zs» einen Solidaritätsbeitrag!

Unser Postscheckkonto: **80-35598**

Vermerk: «Beitrag Assistent ZH» auf der Rückseite des Abschnitts anbringen.

Du wirst belohnt durch die Gewissheit, mehr für die Meinungsfreiheit und die geistige Auseinandersetzung an der Hochschule getan zu haben als den monatlichen Griff zum Zeitungsstapel. Oder noch besser: Abonniere den «zs». So fliegt er sogar ins Haus! Abonnementsbestellungen (pro Jahr 21 Fr.) an: «zs», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Unseres Dankes darfst du im voraus gewiss sein.

Redaktion «zürcher student»

PS: Dieser Aufruf richtet sich – «du» durch «Sie» ersetzt – auch an Professoren.

Medizin

führen wir ab sofort gleichwertig neben unseren bisherigen Fachgebieten Technik und Naturwissenschaften

Die wissenschaftliche Buchhandlung in Ihrer Nähe

freihofer ag

Universitätstrasse 11 8006 Zürich

Telefon 01/47 08 33

Einblick in den Alltag der Kita

Leben im «Chindsgi»

Es stimmt: oft sieht es «chaotisch» aus in den Räumen der Kita, «unordentlich». Da liegen Kisten herum, Decken darauf; Holzklötze, nicht an ihrem Platz versorgt, sind über den Boden verstreut, Papiere, gefaltet und zusammengeklebt, dazwischen. Und mittendrin sitzen ein paar Kinder auf dem Fussboden – und sind so beschäftigt, dass sie den hineinsehenden Erwachsenen zunächst gar nicht bemerken. Andere Kinder jagen einander im Garten, laufen ins Haus, einmal durch die Gänge und wieder hinaus, ein Mädchen kreischt dabei, ein Junge lacht und ruft einen Namen. In einem anderen Raum springen zwei Kinder von einem festen Turm auf Matratzen, die sie wild übereinandergestapelt haben. Ein kleiner Junge «kribbelt» mit Kreide an einer Wandtafel. Ein Mädchen kommt dazu, zeigt auf den Kreidestaub am Boden und lacht: «Wie Schnee!» In der Küche endlich treffen wir die Kindergärtnerinnen. Die eine sitzt neben einem Mädchen, das ein Zusammensetzspiel macht. Die andere trinkt Kaffee. Die beiden Bezugspersonen unterhalten sich. Nur ab und zu richtet die eine ein paar Worte an das Mädchen neben sich.

Erschreckende Zustände? Aber für wen erschreckend und warum eigentlich? Für Erwachsene, die nur ihre eigenen Massstäbe im Kopf haben. Für die, die meinen, Betreuung von Kindern bedeute ein dauerndes *«So, jetzt machen wir alle das», «Was macht ihr denn da! Man kommt hier ja gar nicht mehr durch», «Jetzt müsst ihr aber erst einmal aufräumen, spielen könnt ihr nachher wieder»* und *«Ihr sollt nicht so viel Lärm machen.»*

Alle diese Sätze könnten in ähnlicher Form auch in der Kita fallen – aber jeweils in einem begründeten Zusammenhang. Etwa wenn von einem Kisten- und-Decken-Haus nur noch eine «Ruine» geblieben ist, die den Kindern keinen Spass mehr macht und beim Blinde-Kuh-Spielen im Weg ist. Oder wenn ein Kind zum Schlafen ins Bettenzimmer gelegt worden ist; oder wenn die Kindergruppe offensichtlich keine eigenen Ideen mehr entwickelt. Dann greift die Kindergärtnerin mit einem Vorschlag ein, dann mahnt sie zu ruhigeren Spielen, zum Aufräumen. Und die Kinder verstehen den Sinn der Aufforderung.

Unvernunft als Waffe

Natürlich «klappt» das nicht immer. Kinder verhalten sich – ebenso wie die Erwachsenen – oft auch unvernünftig. Eine Zeitlang zum Beispiel konnten einige Kinder es nicht lassen, Nudeln, Zucker, Ovo und ähnliches aus den Regalen in der Küche zu «stehlen». Da half zunächst keine Begründung *(«Esswaren sind zum Essen da, ihr lasst sie aber dann doch nur herumliegen», «Esswaren kosten die Eltern viel Geld»* usw.). Also haben die Bezugspersonen den Kindern an einer Kindersitzung erklärt, man müsse die Esswaren jetzt anderswo versorgen. Das sei schade und umständlich. Zugleich erkannten die Erwachsenen an der Elternsitzung, dass die betreffenden Kinder den Zorn der Erwachsenen herausfordern wollten, dass sie gerade in der Nach-Essens-Zeit die Bezugspersonen für sich in Anspruch nehmen wollten. Man zog die Konsequenz: man bot diesen Kindern vermehrt noch Spiele an, die der Stimmung nach dem Essen entgegenkommen. Die Frage des «Klauens» stellt sich heute nicht mehr. In anderen Punkten gibt es Verbote, so zum Beispiel in bezug auf den Herd – also überall da, wo die Kinder sich oder andere gefährden können.

Die Beispiele vom Anfang zeigen allesamt Beschäftigungen, die die betreffenden Kinder ausfüllten. Ob das jeweils so ist, sieht man sehr genau am Verhalten, am Ausdruck, an der Bewegung, an der Konzentration. Ist es bei einem guten – im Sinne der Kinder! – Spiel wirklich wichtig, dass die Kinder nicht dreckig werden, ruhig, leise, «ordentlich» sind, dass sie nichts schmutzig machen? Man kann die Kinder schliesslich zuhause waschen, man kann mit ihnen später aufräumen und putzen.

Immer wieder auch muss man sich vor Augen führen, dass Spiele – Verkäuferlis, Kasperli-Theater, Gespensterlis, Dökterlis, Verkleidungsspiele, Zeichnen und Malen – nicht dann zu Ende sind, wenn die Erwachsenen meinen, nun sei's genug: Der Zeitbegriff der Kinder – und damit zusammenhängend die Möglichkeit, Neues zu entwickeln und zu lernen – ist ein anderer als unserer.

Spielend lernen

Heisst das nun: «Laisser-faire?» Ein Vorurteil besagt (in der schärfsten Form), die Kinder «verwahrlosten», weil man sich «nicht um sie kümmere». Wer so etwas sagt, kennt die Kita (und ähnliche Kindergärten) nicht:

Alle Kinder sitzen um den Sandkasten, sie haben mit der Bezugsperson einen Vulkan aus Papier in der Mitte und Sand darum herum gebaut. Sie freuen sich am Feuer und am Rauch aus dem Berg. Etwas später: Es ist still in der Kita, die Kindergärtnerin erzählt, wie so ein Vulkan funktioniert, dass Feuriges, Heisses in der Erde tief drinnen sei, dass dann an manchen Stellen ein heisser Brei herauskomme. Ein Kind erzählt, es habe das in Italien gesehen . . . Andere, Kleinere, spielen mit der zweiten Bezugsperson Briefträger . . . Oder sie schauen ein Bilderbuch an: wie der Polizist den Verkehr regelt, wie die Leute zum Einkaufen gehen . . . Oder sie gehen mit der Kindergärtnerin zum Einkaufen fürs Zvieri . . .

Die Fünfjährigen und älteren gehen an zwei Nachmittagen in die «Vorschule». Da besuchen sie die Feuerwehr, bauen eine Stadt, beraten, ob an dieser Stelle ihrer Stadt ein so hohes Haus schön ist. Sie gehen ins Stadthaus, sehen sich das Modell von Zürich an; man erklärt ihnen, dass solche Modelle, wie sie sie aus der Phantasie bauen, für die wirklichen Städte zur Planung sehr wichtig sind.

Wertvolle Impulse

Eine solche Art von Kindergarten fordert *auch* von den Eltern viel Einsatz. Und an diesem Punkt gibt es manchmal Schwierigkeiten. Die Kita kann sicherlich nicht beanspruchen, ein «Ideal-Chinsgi» zu sein. Immerhin aber sagte neulich in einer Fernsehsendung über vorschulische Erziehung eine staatliche Kindergärtnerin, solche privaten Kindergärten hätten wertvolle Impulse gegeben. Und immerhin: Die Kinder, die aus der Kita in die staatliche Schule gekommen sind, finden sich dort gut zurecht. Und die Lehrer schildern sie durchweg als besonders aktiv, als rege und aufgeschlossen. Und das alles ist – bei allen Schwierigkeiten, die ein privater Kindergarten hat – ziemlich viel.

Bernd-Dieter Niebuhr

Konflikte werden ausgetragen

«Worin unterscheiden sich eure Kindertagesstätten positiv von den öffentlichen Kindergärten?»

Diese Frage beantworteten zwei Kindergärtnerinnen der studentischen Kindertagesstätten wie folgt:

Anne-Käthi (Kikri-ETH): «Die Gemeinschaft unter den Kindern wird hier ungleich mehr gefördert als in den öffentlichen Kindergärten. Dadurch, dass wir als Team arbeiten können, ist es möglich, Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu korrigieren und zu helfen. Das kann eine isolierte Kindergärtnerin nicht. Weil der Kontakt zu den Eltern viel grösser ist – sie helfen mit, bringen die Kinder in die Krippe und holen sie wieder ab –, ist auch die Beziehung zu den Kindern anders: im öffentlichen Kindergarten ist die Kindergärtnerin nur Leiterin, hier übernimmt sie auch Mutterfunktionen.»

Olivia (Kita Plattenstrasse): «Die Solidarität unter den Kindern ist hier viel grösser als in einem städtischen Kindergarten. Konflikte werden von den Kindern wenn möglich selbst ausgetragen. Die Möglichkeiten, auf die Kinder einzugehen, sind grösser, es herrscht eine viel persönlichere Atmosphäre als in öffentlichen Kindergärten. Ich denke da zum Beispiel an die Kinder, die in die Schule überzutreten haben. Dieser Übertritt in einen neuen Lebensabschnitt ist für die meisten Kinder mit grossen Unsicherheits- und Angstgefühlen verbunden. Die Kindergärtnerinnen in öffentlichen Kindergärten haben keine Zeit, auf die Gründe solcher Ängste einzugehen. Ich hingegen kann mich mit solchen Kindern beschäftigen, kann versuchen, bei der Bewältigung dieser Angst zu helfen.»

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 820.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!

Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH

Edith Florin
Binderweg 26, 8046 Zürich
(Neuaffoltern)
Tel. (01) 57 24 20

ECHO

Polizeistaatliche Einrichtung

«Mittel demokratischer Erziehung», «zürcher student» 53/9, Febr. 75

Geehrter Herr Rektor,

im «zs» haben Sie entschieden für die Beibehaltung der studentischen Zwangskörperschaft an der Universität Zürich Stellung genommen. Die Begründung, mit der Sie Ihren Standpunkt untermauern, darf nicht unwidersprochen bleiben. Da die Zwangskörperschaft demokratisch organisiert sei, wenden Sie sich gegen ihre Abschaffung. Ihr Plädoyer gipfelt im Satz: *«Eine organisierte Studentenschaft gewährt das bessere Klima an der Universität als der unkontrollierbare Dschungel politisierender studentischer Gruppen.»*

Ganz abgesehen davon, dass diese Behauptung durch nichts bewiesen ist, zeigt sie, dass Sie nicht fähig oder nicht willens sind, Form und Inhalt zu unterscheiden. Die demokratischen Strukturen, die in bescheidenem Masse in der Zwangskörperschaft tatsächlich bestehen, sind ein rein formales Element. Über die Qualität des Inhalts der Körperschaft sagen sie nichts aus. Demokratie und Tyrannei schliessen sich ebensowenig notwendigerweise aus wie Alleinherrschaft und Freiheit. Das demokratische Mäntelein der Zwangskörperschaft kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei dieser Organisationsform um jenen *Fremdkörper in der freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung unseres Landes* handelt. Die Studenten, die wider ihr Gewissen und wider ihren Willen der Zwangskörperschaft angehören müssen, werden in den verschiedensten, von der Bundesverfassung garantierten Freiheitsrechten beeinträchtigt, allen voran in der Vereinsfreiheit. Ein öffentliches Interesse, das hiefür oft geltend gemacht wird, besteht nicht und würde die Einschränkung auch nicht rechtfertigen, da ein polizeiliches Motiv gegeben sein müsste.

Die Bezeichnung der Zwangskörperschaft als polizeistaatlich drängt sich nicht nur deshalb auf, sondern insbesondere wegen Ihrer eigenen, oben angeführten Begründung. Mit dem gleichen Argument, das Sie zur Rechtfertigung der studentischen Zwangskörperschaft verwenden, pflegen diktatorische Regimes in totalitären Staaten jeweils die bunte Parteienvielfalt durch eine Einheitspartei zu ersetzen, die freie Gewerkschaftsbewegung durch den zwangsweisen Zusammenschluss der Werktätigen in eine staatlich organisierte Einheitsgewerkschaft zu lähmen oder die Studenten in einer öffentlich-rechtlichen Zwangskörperschaft zusammenzuschliessen.

Geehrter Herr Rektor, nachdem Sie sich dazu hergegeben haben, öffentlich eine *totalitäre und polizeistaatliche Einrichtung wie die studentische Zwangskörperschaft* zu verteidigen, werden Sie sich konsequenterweise wohl auch für die Gleichschaltung der schweizerischen Gewerkschaften, die Einführung einer schweizerischen Staatspartei, einer uniformen schweizerischen Staatspresse und, als Theologe, vielleicht auch für die Einführung einer Staatsreligion einsetzen, denn es ist nicht einzusehen, weshalb die Freiheit nicht überall allen, sondern nur den Studenten an der Universität vorenthalten werden soll. Auch andere Bevölkerungsgruppen haben einen Anspruch auf eine Zwangsorganisation, ist eine solche doch, um es mit Ihren Worten zu sagen, *ein unentbehrliches Mittel demokratischen Lebens und demokratischer Erziehung».*

Kurt Langhard jun.

«Obwohl mir voll bewusst ist, dass die Linie Ihres Blattes mit der in meinem Brief zum Ausdruck kommenden Meinung nicht übereinstimmt, erwarte ich, dass sich der ‚zürcher student', der sich meines Wissens als pluralistisches Blatt empfiehlt, nicht scheuen wird, die Ansicht eines freiheitlich-fortschrittlichen Studenten, der sich gegen die reaktionär-kollektivistische Haltung (sic!) des Herrn Rektors auflehnt, zum Abdruck zu bringen.» Soweit Kurt Langhart jun. in seinem Begleitschreiben an die Redaktion. Seine Ausführungen sprechen für sich. Trotzdem haben wir beim Abdruck seines Briefes (leicht gekürzt) gezögert: denn der «zürcher student» empfiehlt sich unseres Wissens auch als Blatt mit Niveau . . . Red.

Wirbel um Jugendhilfe-Organisation

Flipp-in macht weiter

Vor einiger Zeit konnte man der Presse entnehmen, dass der Hauptinitiant der Jugendhilfe-Organisation Flipp-in wegen Deliktverdachts verschwunden sei und wohl in der nächsten Zeit keine Möglichkeit mehr haben werde, seine Arbeit fortzusetzen. Das Flipp-in besteht nun aber beileibe nicht nur aus seinem Präsidenten, sondern aus einem Team. Dieses Flipp-in-Team wird auch in Zukunft versuchen, seine wichtige Arbeit fortzusetzen.

Im Flipp-in versuchen ehemalige Straffällige in Zusammenarbeit mit ausgebildeten Fachleuten straffällige und milieugeschädigte Jugendliche zu betreuen. Flipp-in steht allen Jugendlichen – ausgenommen Drogenabhängigen – im Alter von 12 bis 22 Jahren offen. Diese wohnen in einem Therapieheim, dessen Konzeption einer Grossfamilie entspricht. Es wird auch auswärts gearbeitet, um die Beziehung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht zu verlieren.

Im Moment geschlossen

Im Moment sind die beiden Flipp-in-Häuser in Linthal und Mönchaltorf geschlossen. Sämtliche Jugendlichen sind in Zusammenarbeit mit dem Jugendsekretariat Uster andernorts plaziert worden. Vizepräsident und Flipp-in-Mitarbeiter *René Koch* meint dazu: *«Es wäre nicht sinnvoll gewesen, die Jugendlichen noch in unseren Häusern zu lassen. Die Belastung wäre im Moment zu gross gewesen.»*

Das Haus in Mönchaltorf hätte aus feuerpolizeilichen Gründen nicht mehr benützt werden können. Das Haus in Linthal wird angesichts der neuen Lage mit grösster Wahrscheinlichkeit gekündigt werden.

Flipp-in wird nach Klärung der finanziellen und rechtlichen Lage versuchen, seine Arbeit im nach langer Suche gefundenen Haus in Egg wiederaufzunehmen. (Für den Betrieb dieses Hauses wird noch ein Heimleiterehepaar gesucht.)

Wie geht es weiter?

Flipp-in plant zusammen mit der *Koordinationsgruppe Jugendarbeit Zürich,* die voll und ganz hinter der Idee Flipp-in steht, die weitere Arbeit. (Die Koordinationsgruppe Jugendarbeit Zürich besteht aus Mitarbeitern der folgenden Institutionen: Auffangstation Wollishofen, Lehrlingsfoyer, Medienzentrum, Gartelüütli, Drop-in, Lädelilade, Büetzerstübli, AAJ, Speak-out, ZAGJP, Christuszentrum, Ulmenhof, Mittelschulfoyer, Jugendberatung, SVL, Flipp-in, Jugendcafé, Teestübli.)

An der ausserordentlichen Generalversammlung vom 2. April 1975 ist der Verein Flipp-in aufgelöst worden, sind die Bedingungen für die gesetzliche Auflösung als gegeben erklärt worden, denn:

1. Es kann kein neuer Vorstand konstituiert werden.
2. Die Zahlungsunfähigkeit des Vereins ist gegeben.

Die ausserordentliche Generalversammlung hat zwei Vertreter mit der Liquidation betraut.

Ohne Beschlüsse fassen zu können, diskutierten die an dieser ausserordentlichen Generalversammlung Anwesenden die Zukunft der Flipp-in-Idee und ihrer Verwirklichung.

Eine Gruppe von sechs Leuten – die sich zum Teil aus einem Flipp-in-Krisenstab der Koordinationsgruppe zusammensetzt – hat die Aufgabe übernommen, einen neuen Trägerverein zu gründen und abzuklären, welche Konzeption dieser Verein verwirklichen kann. Sicher ist, dass die beiden Häuser in Linthal und Mönchaltorf geschlossen bleiben und nicht mehr betrieben werden.

Es ist Aufgabe des neuen Vereinsvorstandes, abzuklären, ob die Kontaktstelle an der Lägernstrasse weiterbetrieben werden kann, welche Aufgabe diese Kontaktstelle zu erfüllen hätte und wie sie personell besetzt würde. Weiter ist zu prüfen, ob und wie es möglich ist, in Egg – wo ein neues Haus in Aussicht steht – ein künftiges Flipp-in-Heim zu betreiben.

*

Es bleibt noch festzuhalten, dass das Scheitern von Peter Zimmermann nicht sein persönliches Scheitern ist. Es ist ebenso wie seine frühere Straffälligkeit – wie die Straffälligkeit überhaupt – eine gesellschaftliche Frage. Wir tragen als Gesellschaft mit Verantwortung dafür, dass sich in diesem Fall scheinbar der «kriminelle Charakter» eines Menschen bestätigte. Wirklich bestätigt wurde hier aber die Tatsache, dass diese Gesellschaft – u. a. mit ihrer bürgerlichen Presse – zerstört, kriminalisiert, die Selbstentfaltung des einzelnen verhindert und dass die Bedingungen, in denen bei uns Leben stattfindet, grundlegend verändert werden müssen . . .

jürgmeier

Zürichs grösste Auswahl

Tolli Tschiins
i jedere Form
poschtet me
bim Willy Korn

Jeans-Shop Rathausbrücke
Schipfe 2

Jeans-Shop Rigiplatz
Universitätstr. 102

Gratisanpassung Legi 5% Rabatt

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Felix Ritter.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Nr. 3: 23.5.75
Redaktionsschluss Nr. 4: 13.6.75
Inseratenschluss Nr. 3: 30.5.75

Fortsetzung von Seite 1

Auch räumliche Sachzwänge gibt es. An der Plattenstrasse sind – das merkt ein Laie – die Räumlichkeiten für 15 Kinder viel zu eng. Es gibt dort kein Zimmer, wo sich alle Kinder zusammen aufhalten und beschäftigen könnten. So müssen sie sich die ganze Zeit in kleine Gruppen aufteilen, was auch den Bezugspersonen eine nicht unbeträchtliche Mehrbelastung bringt. Doch kindliche Phantasie kann auch diese Klippe noch kreativ umschiffen, wenn z. B. die Kinder gemeinsam «Verkäuferlis» spielen. Dann befindet sich in einem Zimmer der Kaufladen samt Personal, im nächsten ein Haus, und der Korridor wird vielleicht zur Strasse umfunktioniert, auf der auch ein Polizist nicht fehlt.

Spielend Lernen

So wird der Kindergarten zum Ort, wo unter kundiger Leitung auf spielerische Weise Lernprozesse initiiert werden. Das Lernen soll den Kindern Lust bereiten, denn: *«Lernen, das keinen Spass macht (und Spass, bei dem nichts zu lernen ist), gehört zum Bereich entfremdeter und entfremdender Pädagogik» (Schmalstieg).* Und was macht den Kindern mehr Spass als das freie Spiel? Daher wird in den Kita der Pantomime, den kleinen improvisierten Rollenspielen und dem Theaterspielen eine grosse Bedeutung zugemessen. *Eine* Frage stellt sich hier unwillkürlich: Wie werden sich diese Kinder, kommen sie erst einmal in öffentliche Schulen, an die veränderten Verhältnisse anpassen? An eine Schule, in der Lernen nicht für alle lustvoll ist (vor allem für jene nicht, die schlechte Noten nach Hause tragen)? Werden sie sich daran gewöhnen können? Olivia, Kindergärtnerin an der Plattenstrasse, bejaht diese Frage und bemerkt, die Kinder aus der Kita hätten in der Schule durchwegs zu den selbständigsten, aktivsten und flexibelsten Schülern gehört.

Quartierbezug fehlt

Das ist allerdings verständlich, wenn man bedenkt, dass gerade Selbständigkeit und Flexibilität Ziele sind, auf die in der (gross-)bürgerlichen Erziehung besonderer Wert gelegt wird. Arbeiterkinder verirren sich nicht an die universitären Kindertagesstätten, obwohl ja diese Möglichkeit theoretisch bestünde. Aber welcher Arbeiter wohnt denn heute noch in der Nähe der Universität? Und welcher Arbeiter kann sich mit dem Erziehungsmodell, das eben trotz allem ein elitäres, auf die Bedürfnisse von Akademikern zurechtgeschustertes ist, identifizieren?

Auch von den Kindern, die die Kita und die Kikri ETH besuchen, wohnt kaum eines in der Nähe der Kindergärten. Sie kommen aus Schwamendingen, aus Seebach, sie werden am Morgen von den Eltern, mit den Autos vielleicht, in die Kinderkrippe gebracht, und sie werden am Abend wieder abgeholt. Sie sind nicht im gleichen Kindergarten, weil sie alle aus demselben Quartier stammen, sondern darum, weil ihre Eltern an den Hochschulen studieren und arbeiten. Das bringt mannigfaltige Probleme mit sich: Die Kinder kennen kaum jemanden aus der Nachbarschaft, sie sind anfänglich fremd hier, der Kindergarten ist schlecht in das Quartier integriert. Doch auch in dieser Beziehung scheinen Anfangsschwierigkeiten überwunden zu sein. Olivia von der Plattenstrasse erzählte, dass die Beziehungen zur Nachbarschaft immer besser würden. Ein Nachbar hätte gar schon öfter die Kinder über Mittag zu sich eingeladen und mit ihnen gespielt. Vielleicht hat dieser Nachbar den guten, alten Schiller nicht vergessen, der da einst schrieb: *«Der Mensch . . . ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.»*

Felix Ritter

Was brachte das ETH-Symposium 1973?

Ein Buch – sonst nichts!

Im Herbst 1973 fand an der ETH Zürich das Symposium «Mensch – Technik – Umwelt» (MTU) statt. Diese Grossveranstaltung entsprach damals einem weitverbreiteten Bedürfnis – jeden Abend waren zwischen 800 und 1000 Personen anwesend, obwohl für das Symposium nur gerade einige wenige Randstunden, hauptsächlich aus dem Bereich der sowieso eingeschränkten Abteilung XII A, zur Verfügung gestellt wurden. Im Januar 1975 ist nun endlich die Zusammenfassung aller Vorträge und Seminarberichte erschienen[1]. Die meisten Teilnehmer des Symposiums erwarteten einen hektographierten Bericht – zugesandt wurde ihnen ein wunderschönes Buch aus der neuen Reihe «Poly» des Birkhäuser-Verlages, mit dem kleinen Nachteil, dass während der langen Zeit der Drucklegung das Buch etwas veraltet sein könnte.

Erinnern wir uns kurz der Situation im November 1973: Seit einem Monat steckt die Welt mitten in den Geburtswehen der sogenannten Energiekrise, die die ökonomische Entwicklung von Grund auf verändern wird. Das Konzept der Veranstaltung und alle Referate sind also noch in der Zeit der Hochkonjunktur und des wirtschaftlichen Optimismus entstanden. ETH-intern besteht eine eigentliche MTU-Euphorie, verbunden mit einer – leider unberechtigten – Hoffnung auf eine Neuorientierung der Hochschule. Zu diesem Zeitpunkt glaubten noch viele Hochschulangehörige (hauptsächlich die Studenten) an eine baldige Realisierung des *projektorientierten Studiums (POST)*, an eine *Verbesserung der Stellung der Abteilungsräte*, an eine *neue Forschungspolitik* und an eine *Veränderung der Lehrinhalte*. Wie die Situation an der ETH und in der ganzen Welt ist, wissen wir alle.

Keine konkreten Ansätze

Das Symposium wurde mit einer kurzen *Begrüssung von Professor Ursprung* (Präsident der ETH) eingeleitet und zugleich relativiert. *«Was Sie hören werden, sind Meinungen von Einzelpersonen, nicht Meinungen der ETH.»* Dieses In-den-Hintergrund-Schieben der Bedeutung des Symposiums für die ETH findet sich in beinahe allen Texten (Ausnahmen sind Bruno Fritsch und Christoph Leuthold, die sich sehr eingehend mit der Situation an unserer Schule befassen). Wenn die ETH erwähnt wird, so nur als leuchtendes Beispiel für alle technischen Schulen. Werden kritische Bemerkungen gemacht, so beziehen sie sich beinahe immer auf *die* Hochschule, *die* Universität; es bleibt dem Leser anheimgestellt, die Vergleiche zu seiner ETH zu ziehen oder eben nicht. Obschon die ganze Veranstaltung hauptsächlich für die Studenten der ETH gedacht war, bewegte sich die Diskussion von Anfang bis Schluss auf einer *«allgemeingültigen geistigen»* Ebene. Vielleicht ist dies mit ein Grund für das völlige Fehlen eines über das Symposium hinaus weiterlaufenden Gesprächs in Unterricht und Forschung.

> ***«Wenn sich ein Mensch in eine Zwangsneurose steigert, hilft häufig nur noch die psychiatrische Behandlung. Sie soll den Patienten aus dem Teufelskreis von Zwängen zu sich selber führen. Der Widerstand des Patienten dagegen ist enorm, denn es ist ja vorerst nichts Erhabenes, was ihn auf dem Grund seiner Seele erwartet. Dennoch führt der Weg zur Freiheit über die Anerkennung des Irrtums.» Walter Pankow***

Beiträge: Sprengstoff gut versteckt!

Bundesrat Hans Peter Tschudi: Auf einer halben Seite steht der Notwendigkeit des Wachstums für das Wohlergehen der Menschheit die Forderung nach Bremsen für die Erhaltung der Menschheit gegenüber. Niemand dürfte in die Entscheidungen innerhalb der Hochschule eingreifen.

Prof. Cramer, Möglichkeiten und Grenzen der Evolution von Homo sapiens: viele schöne Bildchen. Sprüche von der Unmöglichkeit einer bewussten Gen-Manipulation – die heute bereits durch Strahlung stattfindende unbewusste Manipulation (siehe Hiroshima) wird geflissentlich verschwiegen. Ein Müsterchen: *«Eine Volkswirtschaft mit Nullwachstum gerät meines Wissens in die Wirtschaftskatastrophe, z. B. kann sie keine dynamischen Renten mehr auszahlen.»* Na und?

Walter Pankow: Mit diesem Beitrag hat sich ein «böser» Wurm ins Poly 1 eingeschlichen. Ein Beitrag, der auch heute noch sehr aktuell ist. Hier liegt sehr viel Sprengstoff leider, muss ich sagen, vergraben. Vom Tag an, wo dieses Pulverfass ausgegraben und an der ETH anerkannt wird, sein Inhalt gelehrt wird, die Forschung auch nur ein wenig in die Richtung, die Pankow zeigt, gelenkt wird, ist die ETH eine andere Schule.

H. Rumpf: Zukunftsverantwortung in den technischen Hochschulen bildet einen zu kleinen (und unscharfen) Unterabschnitt in einem längeren schöngeistigen Geplänkel über die menschliche Verantwortung.

S. P. Mauch: «Die heutige Zivilisationsmaschine funktioniert schon in dem Sinn ineffizient, dass eine Umweltbelastungsreduktion von 20 bis 40% ohne zusätzlichen Aufwand möglich wäre!»

F. Kern formuliert sehr hart die Linie der Unternehmensleitung im Angesicht einer immer härteren Forderung nach Umweltschutz. Seine Meinung: Ohne Monopole geht es nicht. Daraus ergeben sich erstaunlicherweise sehr progressive (technokratische) Schlüsse für die Ausbildung der zukünftigen Wissenschafter (POST, Verständnis für das Gesamtsystem). Schön sind seine Perspektiven trotzdem nicht.

E. F. Schuhmacher wirkt mit seinen Alternativen für Entwicklungsländer in diesem Buch etwas deplaziert (es ist nicht *sein* Fehler). Er bringt konkrete, machbare Lösungsansätze für etliche Umweltprobleme, die auch für die hochentwickelte Welt Geltung haben. Einige seiner «Small is beautiful»-Projekte fänden sicher auch an der ETH einen fruchtbaren Boden vor. Doch wenn niemand ihn beackert . . .

Trümpy, Kohn & Co.: «Big is very beautiful», Atome töten nicht, wenigstens nicht rasch, Strahlung und Abfälle gibt es nicht, und nur die Elektrizitätswirtschaft weiss die Wahrheit.

Gegenposition: *Th. Ginsburg,* gut, präzis und unwiderlegt.

Prof. H. Zollinger: Er bringt eine fundierte Geschichte von Physik und Chemie unter dem Titel *«Technische Hochschulen in der heutigen Zeit»* und vergisst darüber ein ganz klein wenig die kritische Betrachtung, die als Zusatz auch noch im Titel steht. Der langen Rede kurzer Sinn (Zollinger-Zitat aus Leonardo da Vinci): *«Wo man schreit, wächst keine Wissenschaft»*, zu deutsch: Wer still ist, lebt am längsten.

Ausbeute mehr als dürftig

Was hat das MTU-Symposium der ETH gebracht, und was bringt ihr das Buch «Poly 1»? Ruhm und Ehre. Viel Ruhm und viel Ehre. Und sonst? Nichts, rein gar nichts. Die Ausbildungsziele der ETH sind dieselben geblieben wie vor zwei Jahren, desgleichen die Forschungspolitik. Schlecht ist der Bericht nicht, aber der beste Steinbruch nützt nichts, wenn man keine Steine daraus herausholt: Er ist ein Steinbruch und sonst nichts. Den Steinbruch besass die ETH schon vor der MTU-Euphorie. Es fehlen die Leute, die ihn ausbeuten *dürfen.* *fs*

[1] Symposiumsbericht MTU 1973, Poly 1, Birkhäuser-Verlag, Herausgeber; Prof. Dr. P. Fornallaz. Preis 14 Fr.

Kuckucksei

Sehr löblich ist der Versuch des Schulrates, endlich mittels einer grundsätzlicheren Diskussion eine aktive Forschungspolitik mit Prioritäten zu entwickeln. Wie klein der Erfolg dieses Versuchs ausfiel, zeigen die selbstverständlichen und banalen Schlussfolgerungen der zweitägigen Schulratssitzung. «Begründete Alternativen» und «rollende Planung» verstehen sich als Mittel für eine rationale Forschungspolitik von selbst und werden andernorts seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten angewandt. Ist denn die ETH-Forschung bisher in ihrem über 100jährigen Bestehen ohne «Alternativen» und «Kriterien» für ihre Entscheidungen ausgekommen?! Wohl kaum. Offenbar reicht jedoch die Innovationsfähigkeit des Schulrates nur noch gerade dazu, Offensichtliches formuliert aufs Papier zu bringen. Mager! Um so mehr, als ebendieser Schulrat unter anderen Forschungsmanager und Chefplaner der Privatindustrie zu seinen Mitgliedern zählt. Der Schulrat sei einfach nicht fähig, mehr zu leisten, ist eine zu einfache Annahme. Eher müssen wir uns fragen, warum er nicht mehr aussagen wollte. Man ist geneigt, zu glauben, der Schulrat habe ein Interesse, möglichst wenig über Forschungsprioritäten zur Sprache zu bringen. Hat man Angst, die wirklichen Kriterien darzulegen, wenn Studentenvertreter anwesend sind?

Indem der Schulrat mit grossem Aufwand sehr vage Selbstverständlichkeiten zum Problem «entwickelt», überlässt er das Feld dem Ausschuss und der ETH-Verwaltung zur Behandlung der inhaltlich wichtigen Fragen. Welche Alternativen sollen mit welcher Begründung vorgelegt werden? Welche Gesamtkonzepte mit welcher Akzentsetzung sollen ausgearbeitet werden? Welche Kriterien mit welcher Gewichtung sollen in der Forschungspolitik angewandt werden? Das sind die relevanten Fragen, die es eigentlich zu beantworten gälte. Und ebendiese Fragen lässt der Schulrat offen. Seine Arbeit endet dort, wo sie erst richtig anfangen sollte.

Übrigens will einem nicht einleuchten, wie die im Schulrat immer wieder betonte Notwendigkeit und Bedeutung der Mitsprache zum Tragen kommen soll. Etliche Dozenten, Assistenten, Studenten sowie die Öffentlichkeit haben ein legitimes Interesse, an der Forschungspolitik mitzuarbeiten und mitzubestimmen. Dieses Interesse bedeutet, dass die Diskussion in einem Rahmen zu führen ist, wo zumindest die Information in beiden Richtungen funktionieren könnte. Dies ist aber unmöglich, wenn die Diskussion im kleinen Kreis des Ausschusses geführt wird. Einmal mehr wird eine grössere Transparenz verhindert, indem die Studenten, Assistenten und sogar die Dozenten von der Diskussion und Entscheidung ausgeschlossen sind, von einer weiteren Öffentlichkeit gar nicht zu reden. Man könnte annehmen, die vorhandenen Institutsräte und die Forschungskommission sollten beigezogen werden, um diese Transparenz zu gewährleisten. Aber auch diese wären von ihrer Funktion, Struktur und Zusammensetzung her nicht in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Somit tritt genau das ein, was nicht sein sollte: Weder der Schulrat, trotz seinen Studentenbeisitzern, noch die schulinternen Forschungsgremien können die Mitsprache der Hochschulangehörigen und der Öffentlichkeit gewährleisten. Die wichtigen inhaltlichen Entscheide werden im dreiköpfigen Präsidialausschuss gefällt.

Dieser Tatsache muss man entnehmen, dass auch in der Forschungspolitik, wie übrigens im neuen ETH-Gesetz allgemein vorgesehen, folgendes Motto gilt: Alle Macht dem Präsidenten! Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, dass der Schulrat mit seiner «Forschungspolitik» der ETH ein Kuckucksei ins Nest legt.

Arbeitsgruppe Forschungsprioritäten

Fragwürdige schulrätliche Forschungsunpolitik

Diskussionsscheuklappen

«Die Verknappung der Mittel, die Kostspieligkeit moderner Forschungsmethoden und die an sich erfreuliche Breitenentwicklung in der Forschungstätigkeit zwingen zur Schwerpunktbildung und Selbstbeschränkung.» Dies war für den Wissenschaftsrat der Ausgangspunkt zum Forschungsbericht. – Im Schweizerischen Schulrat, dem obersten exekutiven Organ der ETH, ging es darum, die Dynamik und Qualität im jetzt geschlossenen System (Ausgabenrestriktionen und Personalstopp) zu erhalten: Beide Ansätze sollten zur Festlegung von Prioritäten führen, zu einer Forschungspolitik, wie sie der VSS schon 1970 in seiner Antwort auf eine Anfrage des Wissenschaftsrates forderte. Wie der Schulrat diese Aufgabe anpackte, soll die nachstehende Berichterstattung zeigen. Die Ergebnisse seiner Bemühungen werden in einem Kommentar der Arbeitsgruppe Forschungsprioritäten des VSETH kritisch gewürdigt.

Die zweitägige Sitzung zeitigte Ergebnisse, die nicht in Form von Beschlüssen vorliegen, sondern als Zusammenfassung der Diskussionen:

- Der Schulrat will eine *aktive Politik* betreiben, sowohl gegenüber den Schulen und unterstellten Annexanstalten wie auch gegenüber den Oberbehörden und anderen wissenschaftspolitischen Organen. (Ein Argument dafür war die Angst vor Richtlinien, welche dem Rat z. B. durch den Wissenschaftsrat auferlegt werden könnten).
- Eine Liste von *Kriterien* für eine solche aktive Politik soll dem Rat in Zukunft zur Verfügung stehen. Zusammengestellt soll diese Liste vom Ausschuss werden, der aus dem Schulratspräsidenten sowie den beiden Schulpräsidenten und dem juristischen Sekretär besteht. Dieser soll in seiner Arbeit durch die Diskussion angeregt sein.
- Bei wichtigen Geschäften sollen in Zukunft vom Ausschuss nicht nur eine Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Vielmehr sollen *Alternativen* mit ihren Folgen ausgearbeitet und im Rat zur Diskussion gestellt werden.
- Um eine Planung möglich zu machen, wird nach dem Vorbild von Industrieunternehmen ein *rollender Fünfjahrplan* erstellt (Plan, der jedes Jahr neu gemacht wird für die nächsten fünf Jahre). Unklar war, für welche Ebenen ein solcher Plan erstellt werden soll, ob auf der Ebene der Schulen oder auf Abteilungs- und Institutsebene (was eine präzisere Aussage ergäbe).
- In einigen Bereichen sollen vom Ausschuss (Zusammensetzung siehe oben) Gesamtkonzepte erarbeitet und im Rat genehmigt werden. Als Bereiche wurden genannt: *Gewinnung elektrischer Energie, Biotechnologie, Energieforschung, Erdwissenschaften, Umweltforschung (letzteres auf Vorschlag des studentischen Vertreters!?).*

So weit die Ergebnisse. Zu ihnen kam der Schulrat über eine Diskussion, in der ihm zuerst die unterschiedliche Lage und das verschiedene Vorgehen an den beiden Schulen Zürich und Lausanne vorgestellt wurde. Zürich diente dann auch als Beispiel für die Planspiele, welche hätten durchgeturnt werden sollen, um zu Kriterien oder Leitsätzen für zukünftige Probleme zu gelangen. Als Beispiel sei genannt:

«Wir wollen forschungsmässig besonders stark vertretene Gebiete verstärken, zu Lasten besonders schwach vertretener.» Solche Ansätze, die auf der gleichen Linie liegen wie das Referat über die Situation in Zürich, nämlich auf einer rein formalistischen, von inhaltlichen Überlegungen losgelösten, gerieten unter Beschuss. Die eingangs erwähnten Schlussfolgerungen aus der Diskussion zeigen aber, dass einer Grundsatzdiskussion trotzdem aus dem Weg gegangen wurde.

Eine solche wäre aber durchaus möglich gewesen, lag doch dem Rat eine Eingabe der AG Forschungsprioritäten des VSETH vor. In dieser waren als Leitsätze festgehalten:

- **Der Staat muss die Interessen jener Gruppen in der Gesellschaft wahrnehmen, die sich zuwenig artikulieren und damit nicht durchsetzen können.**
- **Die Hochschulen müssen demnach jene Forschung betreiben, die im Interesse der gesellschaftlich schwachen Gruppen und der gesamten Gesellschaft stehen.**
- **In diesem Rahmen sind jene Vorhaben bevorzugt zu fördern, welche die meisten Querverbindungen zu anderen Problemkreisen und Gebieten ausweisen.**
- **Forschungsprogramme sollen daher aus solchen gesellschaftlichen Fragestellungen konzipiert werden, möglichst viele Wissenschaftsgebiete umfassen (im Gegensatz zum heutigen Vorgehen, wo Projekte aus den einzelwissenschaftlichen Ansätzen entstehen und so eben immer nur sehr beschränkte Sektoren erfassen.**

Eine Diskussion über diese Ansätze wäre von allgemeinen Überlegungen zu spezifischeren und formalen Aussagen gelangt. Sie hätte zur Konkretisierung beigetragen und wäre vor allem eine wirkliche forschungs*politische* Auseinandersetzung gewesen. Diese Auseinandersetzung muss stattfinden, geschieht doch Forschung in einem gesellschaftlichen Rahmen, und demnach (so sollte man meinen) für diese Gesellschaft. Eine Forschungspolitik kann aber nur dann sinnvoll sein, wenn die Zielvorstellungen klar sind, wenn also diskutiert worden ist, in welche Richtung die Gesellschaft sich entwickeln soll.

Dieser Diskussion ist der Rat aber ausgewichen. *Walter Brunner*

Weg von der Hochschule?

Hast Du Dein Studium beendet? Gehst Du ins Praktikum?

Von nun an kommst Du vielleicht nur noch selten oder gar nicht mehr an die Hochschule. Du wirst also auch den «zürcher studenten» und «das konzept» nicht mehr einfach irgendwo auflesen können. Falls Du den «zs/das konzept» als einen wertvollen Beitrag im Blätterwald betrachtest und nicht als eine neue Form von Umweltverschmutzung, dann lass Dir empfehlen, ihn mit diesem Talon zu abonnieren.

Ich bestelle ein Abonnement «zürcher student/das konzept» bis Februar 1976 für Fr. 16.– («das konzept» allein siehe Talon dort).

Name und Adresse: _____

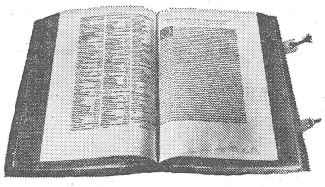
Mit 30 Rp. frankiert einsenden an: «zürcher student», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

zs 53/2

Wissen Sie, wo Paracelsus seine Bücher gekauft hat?

Buchhandlung für
MEDIZIN H. Freihofer
- Medizin
- Veterinärmedizin
- Zahnmedizin
- Pharmazie
- Biologie

Rämistrasse 37 8024 Zürich Tel. (01) 47 92 22



Buchhandlung
HUMANA H. Freihofer
- Psychiatrie
- Psychologie
- Erziehung
- Soziologie

Rämistrasse 37 8024 Zürich Tel. (01) 47 61 20

Hätte er uns gekannt...

uni

Vortragsreihe über «Wirtschaftspolitische Perspektiven»

Der Fachgruppenausschuss der Ökonomen an der Uni Zürich veranstaltet im Sommersemester 75 eine Vortragsreihe über obiges Thema. Er versuchte Vertreter aus Verbänden, Parteien und Gewerkschaften zu gewinnen, die in einem ungefähr halbstündigen Referat diejenigen Aspekte beleuchten, die ihnen aus ihrer und der Sicht ihres Verbandes, ihrer Partei oder ihrer Gewerkschaft wichtig erscheinen. Anschliessend wird (hoffentlich lebhaft) diskutiert. Eine Zusage erhielten wir von folgenden Referenten (dazu Ort und Zeit des Vortrages):

- **Dr. Otto Fischer,** Nationalrat
  Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes
  29. 9. 75 18.15 Uhr HS E 21
- **Ing. agr. Rudolf Reichling,** Kantonsrat
  Präsident des Schweizerischen Milchverbandes
  9. 6. 75 18.15 Uhr HS 327
- **Dr. Fritz Honegger,** Ständerat
  Präsident der Zürcher Handelskammer
  24. 6. 75 18.15 Uhr HS 204
- **Dr. Walter Renschler,** Nationalrat
  Sekretär des VPOD
  3. 7. 75 18.15 Uhr HS E 21

Wir bitten alle Studenten, die an wirtschaftlichen Problemen interessiert sind, diese Veranstaltungen zu besuchen. Um eine lebhafte und effiziente Diskussion zu ermöglichen, möchten wir uns in Gruppen darauf vorbereiten. Für Interessenten findet eine Informationssitzung am *Montag, 5. Mai 1975, 16.00 Uhr, im Lichthof Uni* statt. Auskunft erteilen auch gerne die Mitglieder des FGA der Ökonomen. *FGA Ökonomen*

Einweihung eines Studentenhauses

Kürzlich ist der zweite Trakt des Studentenhauses der *«Akademischen Landwirtschaftlichen Verbindung»* (ALV) an der *Wehntalerstrasse 41* eingeweiht worden. In einer ersten Bauetappe konnten 1967 29 Studentenzimmer bezogen werden. Zu Beginn dieses Jahres war nun der Anschlussteil des neuen Studentenhauses bezugsbereit, der weiteren 36 Studenten eine Unterkunft bietet. Das Haus wurde bewusst ins Quartier eingebettet, um den Studenten den Kontakt mit der nichtstudentischen Umgebung zu ermöglichen.

Disziplinarverfahren gegen Bücherverkäufer

Rückwärts zur Doppelbestrafung

Mit dem ersten Polizeieinsatz in der Geschichte der Universität sind auch acht Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Vier davon sind bereits wieder mangels haltbarer Anschuldigungen eingestellt worden. Sechs der acht Angeschuldigten wurden von der Erziehungsdirektion gleichzeitig strafrechtlich eingeklagt. Eine der Begründungen für die Einführung des neuen Disziplinarrechts war die Aufhebung der disziplinarischen und zivilrechtlichen bzw. strafrechtlichen Doppelbestrafung für universitäre Vergehen.

Man erinnert sich: Im letzten Semester breiteten einige Angehörige der Gruppe «Marxistisch-leninistische Studenten» regelmässig am Donnerstag über Mittag einige Bücher und Broschüren auf der Treppe der Eingangshalle aus. Gleichzeitig riefen sie mit Flugblättern zum Kauf auf. Die ML-Studenten sind keine beim Rekotorat gemeldete Gruppe. Sie dürfen – laut immer noch geltendem Regulativ – also keine mit «Marxistisch-leninistische Studenten» unterzeichneten Flugblätter verteilen. Der Verkauf von Büchern ist, ausser am Kiosk, generell verboten. Die ML-Studenten waren mehrmals von Hauswarten und Rektorat darauf aufmerksam gemacht worden, dass ihr Tun gegen das Regulativ verstosse und geahndet werden müsse.

Auf Geheiss von Gilgens Erziehungsdirektion stürmten schliesslich am 13. 2. 75 ca. 20 Zivilpolizisten die Eingangshalle und verhafteten ziemlich wahllos einige Herumstehende, darunter auch ein KStR-Mitglied, das wegen der gleichzeitig stattfindenden GStR-Wahlen anwesend war. Das Rektorat hatte sich lange dagegen gewehrt, «die Dienste der Kantonspolizei zur Identitätsfeststellung in Anspruch» zu nehmen.

Wenig haltbare Anschuldigungen

Unter den acht Studenten, die nun ein Disziplinarverfahren am Hals haben, befanden sich selbst Aktivisten von politischen Organisationen, die den Marxisten-Leninisten ziemlich fern stehen und mit Sicherheit nie Bücher für die Konkurrenz vertrieben haben. Das neue Disziplinarverfahren lag *nicht mehr in den Händen von Universitätsrichter Prof. Jörg Rehberg,* der im Januar mit seinen Ausschlussanträgen gegen 14 Publizistikstudenten nicht durchgedrungen war, sondern wurde von seinem *Stellvertreter Prof. Peter Noll (SP)* betreut.

Vier der angestrengten Verfahren sind bereits wieder eingestellt worden, *«da keine ausreichenden Indizien für den objektiven und subjektiven Tatbestand»* vorliegen. Laut «Antrag an den Disziplinarausschuss» ist für die übrigen vier *«angesichts der objektiven Geringfügigkeit der erfolgten Störung»* der *«Ausschluss vom Studium für die Dauer von höchstens einem Semester»* angemessen. Der Disziplinarausschuss wird am 26. Mai über die Anträge befinden.

Strafrechtliche Klage

Bei der neuen Disziplinarordnung vom November 1972 wurde vor allem als Fortschritt gerühmt, dass das «Fossil der Doppelbestrafung» abgeschafft wurde. In der alten Ordnung konnten noch Studenten aufgrund strafrechtlicher Verurteilungen vom Studium ausgeschlossen werden. Die Erziehungsdirektion hat nun *gleichzeitig sechs der acht Studenten «wegen Übertretung von Art. 292 des schweizerischen Strafgesetzbuchs (Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen) und wegen Verstosses gegen das Gesetz betreffend das Markt- und Hausierwesen verzeigt».*

Mit der erstmals praktizierten strafrechtlichen Verfolgung von politisch oppositionellen Studenten zeigte Gilgen einmal mehr, dass er von der Autonomie der Universität wenig hält und selbst per Doppelstrafen zum rechten sehen will. Denn das Disziplinarrecht der Universität ist ihm immer noch viel zu liberal. Mit der Begründung, die ausgefällten Verweise gegen acht der 14 angeschuldigten Publizistikstudenten seien ihm «zu mild» (am Bernhard-Apéro), rechtfertigte Gilgen auch schon die von ihm verhängten Anstellungsverbote.

Verschärfte Bestimmungen für die Disziplinarordnung?

Erziehungsdirektor Gilgen ist nicht der einzige, dem die Disziplinarordnung als untaugliches Instrument gegen politische «Verstösse» erscheint. Die Bestrebungen, die Disziplinarordnung der Autonomie der Universität zu entziehen wie auch zu straffen, sind nach der Pleite mit den Publizistikstudenten und auch nach den neuen Verfahren erheblich gewachsen. Der Disziplinarausschuss hat einen Änderungsvorschlag zuhanden des Senatsausschusses ausgearbeitet – die härtere Variante (Zusammenlegen des Disziplinarausschusses und der Disziplinarrekurskommission, Einschaltung der Erziehungsdirektion bei Rekursen) ist dabei nicht durchgedrungen. Die wichtigsten Änderungsvorschläge sind:

- Der Rektor kann in schweren Fällen *mit sofortiger Wirkung «das Betreten von Räumlichkeiten der Universität» verbieten* (früher nur Ausschluss von Veranstaltungen und Einrichtungen). Dem Angeschuldigten steht ein Rekursrecht zu.
- Der Angeschuldigte ist *verpflichtet, an der Einvernahme durch den Untersuchungsrichter teilzunehmen.* Bei nicht oder ungenügend entschuldigtem Fernbleiben «wird er auf Antrag des Untersuchungsrichters *durch den Disziplinarausschuss für ein Semester vom Studium oder von den Prüfungen ausgeschlossen».*

Bisher war die Teilnahme an Einvernahmen ein Recht der Angeschuldigten. Die Angeschuldigten hatten mit einer Ausnahme darauf verzichtet, vor dem Unirichter auszusagen.

Mit dem Vorwurf an die Publizistikstudenten, sie hätten durch ihr Nichterscheinen vor dem Universitätsrichter die Untersuchung erschwert, wurde früher schon versucht, die Tatsache zu verschleiern, dass unsorgfältig und mit sachlich unhaltbaren – politisch motivierten – Anschuldigungen vorgegangen wurde. Auch die jetzt schon fallengelassenen Verfahren gegen die Hälfte der wegen Bücherverkauf Angeschuldigten macht deutlich, dass der *Polizeieinsatz* keineswegs «zur Identitätsfeststellung» geeignet war. Es war vielmehr der *Versuch, «die objektive Geringfügigkeit der Störungen»* (Anklageschrift) mit politischem Klamauk *zu vertuschen.*

Konrad Fisler

*

Ob die erhobenen Anschuldigungen gegen die Bücherverkäufer rechtlich haltbar sind, wird sich noch zeigen. Aber auch diese Verfahren, wie die gegen die 14 Publizistikstudenten, haben einen nicht wegzuleugnenden politischen Aspekt, dem mit der Berufung auf «geltende Vorschriften» nicht beizukommen ist. Bei beiden Verfahren handelt es sich um die Ahndung von Verstössen gegen das Regulativ, das nach der Unischliessung von der Erziehungsdirektion als Instrument politischer Disziplinierung der Studenten eingeführt wurde. Worum geht es eigentlich bei diesen «Disziplinarfehlern», die sich als Verstoss gegen § x, Lit. y rechtlich scheinbar so sauber fassen lassen. Die Publizistikstudenten haben mit ihrer Aktion «di ander Zitig» für ihr Recht gekämpft, in freien wissenschaftlichen Arbeitsgruppen zusätzlich zum offiziellen Lehrbetrieb arbeiten zu dürfen. Dies ist ihnen schliesslich auch zugestanden worden. Sie haben dabei den offiziellen Lehrbetrieb weder behindert noch gestört. Sie mussten bestraft werden, und weil es disziplinarisch nicht klappte, auf Intervention Gilgens per Anstellungsverbot. Auch der Bücherverkauf, ein nicht nur von Studenten schon lange bestrittenes Verbot, hat die Ordnung der Universität nicht gestört. Die Anklageschrift hält eindeutig fest, dass «der geordnete Lehrbetrieb nicht gestört» worden ist. Trotzdem wurde Polizei eingesetzt, nicht nur disziplinarische, sondern erstmals auch strafrechtliche Verfolgung praktiziert.

Der Rektor schrieb am 7. 5. 75 zum Regulativ, Sinn und Zweck sei es nicht, «das Leben an der Universität zu behindern, sondern den ordentlichen Lehrbetrieb zu schützen und die freie Diskussion durch bestimmte Spielregeln zu sichern». Liberal ist's gemeint, und schön tönt's. Aber solange Regulativ und Disziplinarrecht dazu dienen, politisch missliebige Meinungen zu behindern oder zu unterdrücken, kann von freier Diskussion nicht die Rede sein. Den Bücherverkäufern ging es mit ihrer Aktion darum, ein «Recht auf politische Propaganda zu verteidigen». Sie sehen die Verfahren deshalb als Versuch, mit «Gesinnungsstrafen» die «demokratischen Rechte der Studenten an der Uni einzuschränken». *kf*

Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Könnten Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also . . . Und: besten Dank!

RAUNHARDT
Inh. Gerhard Heinimann & Co. gegr. 1890

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für

Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur

mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und Beratung. Juristisches Antiquariat.

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Mte. Fr. 19.95 (statt Fr. 28.50)
für 6 Mte. Fr. 37.10 (statt Fr. 53.—)
für 1 Jahr Fr. 71.40 (statt Fr. 102.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 19.95
für 6 Monate zu Fr. 37.10
für 1 Jahr zu Fr. 71.40

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl/Ort:

Hochschule: Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Stipendien: Wieder einmal werden die Benachteiligten zur Kasse gebeten

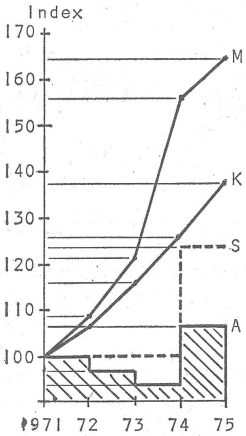
Studenten unter dem Existenzminimum

Die Perspektiven für ein Hochschulstudium sind in allen Bereichen düster. Die Studiensituation wird in den meisten Fächern immer untragbarer, da insbesondere die Universität viel zu klein ist: Die Hörsäle sind überfüllt, das Lehrpersonal fehlt. Folgen: Verschulung und kalter Numerus clausus. Die Ausübung politischer Grundrechte wird wegen der gezielten Berufsverbotspraxis der Erziehungsdirektion und wegen der neuen Disziplinarordnung zunehmend bedroht – jedenfalls wenn man gegen das herrschende Bürgertum eine kritische Haltung einnimmt. An dieser Stelle wollen wir auf die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen der Studenten näher eingehen. Die erwähnten düsteren Perspektiven müssen allerdings in einem engen Zusammenhang gesehen werden: Ein Werkstudent etwa, der heute weniger verdient, ist dem Prüfungsdruck noch härter ausgesetzt und hat erst recht keine Zeit, politisch oder sonstwie aktiv zu sein.

Im Jahr 1971 war der Höhepunkt der Hochschuleuphorie und gleichzeitig der Höhepunkt breit abgestützter fortschrittlicher Politik der Schweizer Studentenschaften; 1971 reichte der VSS das *«Lausanner Modell»* ein, eine eidgenössische Volksinitiative für eine einheitliche Studienfinanzierung in der Schweiz. Unter diesen Bedingungen kam im Kanton Zürich im gleichen Jahr eine neue, für Schweizer Verhältnisse ausserordentlich fortschrittliche Stipendienverordnung zustande. Diese Stipendienordnung, die in den Grundzügen heute noch gilt, beruht auf dem «Bedarfsprinzip»: Unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der Eltern wird ein Stipendium ausbezahlt, das den gesamten Bedarf eines Studenten decken sollte. Die neue Stipendienverordnung bedeutete tatsächlich eine enorme Verbesserung, den Zürcher Stipendiaten ging es nun relativ gut.

Die Situation der Zürcher

Die wenigsten Studenten von heute, 1975, haben allerdings den «Sprung nach vorn» im Frühling 1971 miterlebt. Sie kennen die Veränderung nach 1971, eine stete Verschlechterung der Situation: Keine oder ungenügende Teuerungsanpassung und mehr oder weniger versteckte ungünstige Abänderungen des Stipendienreglements. Die reglementarische, d. h. theoretische Teuerungsanpassung betrug im Frühling 1974 zwar 24%, *die effektiv ausbezahlten Stipendien erhöhten sich jedoch gegenüber 1971 nur um 6%.* Während die Durchschnittsstipendien seit 1971 also nur um 6% stiegen, betrug die *allgemeine Teuerung (Konsumentenpreisindex) 39%.* Ein «Index für Studenten» müsste allerdings berücksichtigen, dass die Grundlebensmittelpreise viel stärker stiegen als Luxusartikelpreise. Extremes Beispiel: Der Preis für ein Studentenmenü in der Mensa stieg seit 1971 um 65%! Zeichnet man die unterschiedliche Entwicklung der Preise und der Stipendien grafisch auf, dann ergibt sich ein Bild von der *«Schere der Verelendung» der Studenten.*



«Schere der Verelendung»

M Mensapreise
K Konsumentenpreise
S Stipendienverordnung
A ausbezahlte Stipendien

Während die Studentenzahlen seit 1971 ständig steigen (z. B. um 31,0% an der Uni vom WS 70/71 bis zum WS 74/75), hat die Zahl der Stipendiaten nur bis 1972 zugenommen, seit diesem Zeitpunkt geht die Zahl zurück; *der (relative) Anteil der Stipendiaten an allen Studenten geht also erst recht zurück.* Wir können diese Aussagen mit Daten belegen; in den Tabellen zu diesem Artikel wird die Entwicklung seit 1971 jeweils in der entsprechenden Masseinheit und mittels einer Indexreihe (wobei 1971 = 100) dargestellt, womit ein unmittelbarer Vergleich möglich wird *(vgl. untenstehende Tabellen).*

Ausserkantonale

Kein anderer Kanton hat ein Stipendienwesen eingeführt, das man mit dem Zürcherischen vergleichen könnte. Da die allgemeine politische Situation heute durch «Finanzknappheit» und ideologisch durch ein Roll-back des Bürgertums mittels «Neokonservatismus» gekennzeichnet ist, kann vorläufig in keinem Kanton eine grundsätzliche Verbesserung des Stipendienwesens erwartet werden. Gesamtschweizerisch geht die Kaufkraft des ohnehin schon völlig ungenügenden Durchschnittsstipendiums leicht zurück, und die Zahl der Stipendienbezüger stagniert (bei stark steigenden Studentenzahlen).

Hochschulstipendien Schweiz

	Durchschnittliches Semesterstipendium		Anzahl Stipendiaten	
	Franken	1971 = 100	absolut	1971 = 100
1971	1705	100	11 800	100
1972	1840	107,9	12 691	107,6
1973	1948	114,3	12 198	103,4

Quelle: VSS-Dokumentation «Das Stipendienwesen» II, Bern 1974

Die Situation für die ausländischen Studenten, die im Kanton Zürich Stipendien beziehen, ist wegen des NA-Referendums gegen die kantonalen Beiträge an den Stipendienfonds prekär. Darüber hat die Tagespresse ausführlich berichtet. Der KStR wird sich auf die Abstimmung im September hin voll für die Ausländer einsetzen und erwartet weitere Mitarbeit.

Kein Platz für Arbeiterkinder

Zusammenfassend stellen wir also fest, dass ein immer kleinerer Teil der Studenten Stipendien bezieht und dass die Stipendien kleiner werden. Diese Situation beinhaltet nicht zuletzt einen versteckten sozialen Numerus clausus: Für Kinder aus finanzschwachen Familien, also Arbeiter- und Angestelltenfamilien, wird der Zugang zu höherer Bildung auch materiell immer mehr erschwert – was die Zürcher Regierungsparteien keineswegs daran gehindert hat, im Wahlkampf fast unisono von Chancengleichheit zu faseln . . . Der in der Hochkonjunktur gangbare Ausweg, das Werkstudium, ist unter den heutigen Krisenbedingungen sehr schwer geworden. Unsere Arbeitsbeschaffungsaktion (vgl. zs vom Februar 75) war zwar erfolgreich und soll auf die Sommerferien hin wiederaufgenommen werden. Die politökonomisch ungünstige Situation können wir selbstverständlich nicht lösen.

Politische Antwort

Die Defensivpolitik (gegen Verschlechterung der Bedingungen), die wir in den meisten Bereichen betreiben müssen, ist wenig dankbar, da wir grundsätzlich der Meinung sind, die Verhältnisse sollten verbessert werden mit Perspektiven wie: *staatlich gesicherte Studienfinanzierung, Qualitative Studienreform, Demokratisierung der Hochschulen.* Zwischen Erfolg und Massenbewegung besteht ein dialektisches Verhältnis: Die Verbesserungen der Verhältnisse bis 1971 (mehr Mitbestimmung, bessere Stipendien usw.) und die Jugendbewegung mit breiter Basis und grossem Optimismus haben sich gegenseitig positiv beeinflusst. Seit 1971 (um bei dieser etwas willkürlich gewählten Zäsur zu bleiben) hat die Verschlechterung viele Studenten und Jugendliche zur Resignation gebracht. Aber: Wir sind noch da! Unterstützt die Studentenschaft, stärkt die gewerkschaftlich orientierte Interessensvertretung!

Kleiner Studentenrat/pcm

Preise

	Konsumentenpreise 1)		Mensapreise 2)	
	Sept. 66 = 100	April 71 = 100	Franken	April 71 = 100
April 71	117,4	100	2.30	100
April 72	125,0	106,5	2.50	108,7
April 73	135,6	115,5	2.80	121,7
April 74	147,9	126,0	3.60	156,5
April 75	162,7 (S)	138,6	3.80	165,2

S = Schätzung

1) Zürcher Index der Konsumentenpreise, Quelle: Statist. Jahrbuch der Stadt ZH
2) Menü für Studenten an der Unimensa

Hochschulstipendien Kt. Zürich

Verordnung	Ausbezahlte Semesterstipendien 4)		Anzahl Semesterstipendien 5)			
	Max. Fr.	1971 = 100	Franken	1971 = 100	absolut	1971 = 100
1971	4500	100	3424	100	4324	100
1972	4500	100	3300	96,4	4984	115,3
1973	4500	100	3213	93,8	4975	115,1
1974	5600	124,4	3638	106,3	4919	113,8
1975	5600	124,4	...	...	...	...

3) Maximalstipendium für Ledige im Semester, Quelle: VSS-Dokumentationen «Das Stipendienwesen» I und II, Bern 1973 bzw. 1974
4) Total für Hochschulstipendien ausbezahlte Summe dividiert durch die Anzahl Semesterstipendien. Quelle: Geschäftsberichte des Regierungsrates, für 1974: Auskunft der ED
5) Die Anzahl der Stipendiaten beträgt ca. 60% der Anzahl der Semesterstipendien, die genaue Zahl ist nicht erhältlich. Quelle: vgl. 2)

Um die Problematik der materiellen Lebensbedingungen zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten zu finden, haben wir eine Arbeitsgruppe zum Thema Studienfinanzierung gegründet. Schwerpunkte der Arbeit werden unter anderem eine «Aktion Werkstudenten» und die Kampagne gegen das Referendum der NA sein (Volksabstimmung im Sept. 75).
Die Arbeitsgruppe trifft sich regelmässig am

Donnerstag um 18.00 Uhr
im
Sitzungszimmer 14,
Rämistr. 66

Interessenten sind jederzeit herzlich willkommen! KStR

Berichterstattung zum Hegibachprozess in der Zürcher Tagespresse

Vorliebe für Nebensächlichkeiten

pf. Vor bald einem Jahr wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die besetzten Mobag-Häuser am Hegibachplatz geräumt. Die Besetzer wurden in der Zwischenzeit vor Gericht gestellt; über den Prozess, der schon seit einiger Zeit andauert, hat die Zürcher Tagespresse berichtet. Es mag in diesem Zusammenhang interessieren, wie in diesen Berichterstattungen die Akzente gesetzt wurden, wer darin der Liebe und wer der Böse war. Diesem Thema ist der nachstehende Artikel der Arbeitsgruppe Medienkritik gewidmet.

In vielen Zeitungen wurde über den Fall Hegibach berichtet. Jene Artikel brachten jedoch nicht die Zusammenhänge der dem Hegibachprozess zugrunde liegenden Problematik. Im Gegenteil: sie verunmöglichten geradezu eine sachliche Auseinandersetzung mit dem für Zürich besonders aktuellen Problem: der Verdrängung von Wohnraum.

Die Vorgeschichte

Im August 1973 wurden die Häuser am Hegibachplatz, die seit mehr als einem Jahr leerstanden, von Jugendlichen belegt. Dies nachdem die Mobag (seit 1971 mit 4½ Mio. Besitzerin der Häuser) die wiederholten Gesuche des *«Selbsthilfevereins Lebensraum»* (SVL) um eine Vermietung des ehemaligen Altersheims abgelehnt hatte und sich auf keine Verhandlungen mehr eingelassen hatte. Die Jugendlichen, die im Hegibach einzogen, gründeten ein Quartierkomitee, das im Herbst 1973 mit beträchtlichem Arbeitsaufwand die 80 Zimmer wieder instand stellte. Verschiedene Einrichtungen (Wasserhahnen, Heizungen, Dach, Glasscheiben usw.) waren nämlich von der Besitzerin zerstört worden, um einen unbewohnbaren Zustand der Häuser vorzutäuschen. Die Jugendlichen bewiesen jedoch, dass es sich in den Häusern wohnen liess. Unter anderem richteten sie eine Beiz und eine Volksküche ein, gestalteten den Garten zu einem Spielplatz um und organisierten Schülerfeste. Durch diese und andere Aktivitäten gelang es ihnen, die Sympathie vieler Quartierbewohner zu gewinnen.

Untragbare Nachteile

Die Dienstleistungen für das Quartier verursachten offenbar *«untragbare Nachteile»* für die Mobag, denn nur solche rechtfertigen eine Abbruchbewilligung. Diese wurde von der zuständigen Bundesstelle, trotz damals noch geltendem Abbruchverbot, erteilt.

Fait accompli

Am 18. Juli 1974 wurde völlig unvermittelt in den Häusern ein Räumungsbefehl des Stadtrates angeschlagen. Das Papier war datiert vom 12. Juli, soll aber schon einige Zeit vorher beschlossen worden sein. Man räumte den Hegibachleuten nur sechs Tage Frist ein (vom 18. bis 24. Juli), um die Häuser zu verlassen und um eine andere Wohngelegenheit zu finden. Sofort wurde ein Mieterstreckungsgesuch eingereicht – es wurde aber vom Mietgericht zu spät beantwortet (Vermerk der Post: Abgereist ohne Adressangabe). Etwa zwei Dutzend Leute beschlossen, diese Fait-accompli-Politik nicht einfach hinzunehmen. Sie betrachteten sich als Mieter und beanspruchten deshalb eine längere Frist für die Räumung.

Die Aktion Julius

In der *«Aktion Julius»* wurden mit völlig unverhältnismässigem Polizeiaufgebot (317 Mann zu Überstundentarif) die zwei Häuser am frühen Morgen des 25. Juli (laut Polizeibericht) *«genommen».* Unter Tränengaseinsatz wurden die auf dem Dach versammelten Leute festgenommen und abgeführt.

«Details von damals» – in der «NZZ»

Zu einer politischen Argumentation offensichtlich nicht willens oder unfähig, leistete sich die «NZZ» im Anschluss an die Räumung der Häuser einige völlig unhaltbare Hiebe unter die Gürtellinie: Am 26. Juli 1974 schreibt sie:

«. . . einige Zimmer waren mit Unrat derart vollgestopft, dass man sich fragen muss, wie menschliche Wesen hier über längere Zeit hinweg gehaust haben können. Die Okkupanten sollen sich übrigens nicht gescheut haben, ihre Notdurft anstatt in den Toiletten in den Zimmern selbst zu verrichten. War ein Raum dann mit Exkrementen aller Art so verschmutzt, dass er nicht mehr bewohnt werden konnte, zogen die Besetzer einfach in den nächsten ein.»

Merke: *«Die ‹NZZ› wendet sich in erster Linie an den mitdenkenden, nicht an den bloss auf Reize reagierenden Menschen»* (aus der Werbebroschüre: *«Die ‹NZZ› gibt Auskunft über sich selbst»*).

Auf eine entsprechende Anfrage, welche Zimmer es genau gewesen seien, wusste «NZZ»-Redaktor Ernst Spengler am 10. 9.74. zu antworten: Die Information stamme *«von einem Gewährsmann ausserhalb der Redaktion (. . .) Im übrigen ist es nun schon anderthalb Monate seit der Räumung der Häuser, so dass wir, als Tageszeitung, kein Interesse daran haben, uns heute noch mit Details von damals zu befassen. Wir betrachten daher die Angelegenheit als erledigt.»* Ein Kommentar erübrigt sich.

Die Prozessberichterstattung

Seit dem 8. November läuft nun der Hegibachprozess vor Bezirksgericht ab. Vor allem «Tages-Anzeiger» und «NZZ» räumen der Prozessberichterstattung grossen Platz ein. Was am meisten auffällt, ist, dass in der gesamten Berichterstattung der politische Gehalt des Prozesses mit keinem Wort erwähnt wird; dass es nämlich jemand gewagt hat, sich der vom Finanzkapital intiierten und vom Stadtrat unterstützten Politik der Verdrängung von Wohnraum zu widersetzen, und deshalb in einem exemplarischen Prozess bestraft werden soll.

(Fortsetzung 5. Spalte)

Die Wohnsituation in Zürich

- Im Dezember 1974 sank die Bevölkerungszahl Zürichs unter 400 000 Einwohner, nachdem in den 50er Jahren 450 000 Menschen in Zürich gelebt hatten.
- Eine Abbruchwelle überrollt Zürich: 1970 wurden 470 Wohnungen abgebrochen, 1971 waren es 825, 1972 waren es 280 und 1973 noch 215. Mit der Aufhebung des Abbruchverbots vom Februar 75 dürfte sich die Lage auf dem Zürcher Wohnungsmarkt erneut verschärfen. Dutzende von Häusern in Zürich stehen leer und warten auf den Abbruchhammer; andere Wohnungen werden nur noch vermietet, wenn sich die Mieter verpflichten, sich einem kurzfristigen Hinauswurf nicht zu widersetzen.

Breiteste Bevölkerungsschichten in Zürich sind von drohenden Häuserabbrüchen betroffen. Die bürgerliche Presse kann jedoch nicht auf diese Problematik eingehen, ja sie muss nach Möglichkeit von den wirklichen Zusammenhängen zwischen Hegibachprozess und dem Wohnungsmarkt ablenken.

Anklage gleich Tatbestand

Zu Beginn des Prozesses rekapituliert die «NZZ» den *«Sachverhalt»,* nämlich: *«unrechtmässige Besetzung der Abbruchliegenschaften am Hegibachplatz und den gewalttätigen Widerstand, den die Angeklagten leisteten, als die Polizei die Häuser räumte».* Alles Weitere ist für sie nur noch eine Formsache der Juristerei. In der Folge gilt ihr Interesse den *«Stimmungsbildern».* Es wird als Tatsache hingestellt, was im Lauf des Prozesses erst untersucht werden müsste, während Aussagen der Angeklagten oder der Verteidigung mit Wörtern wie *«angeblich», «da wurde berichtet», «es wurde behauptet»* usw. relativiert werden.

Entpolitisierung

Politische Zusammenhänge existieren für die bürgerliche Presse nicht. Sie werden nicht nur verschwiegen, sondern direkt bestritten, indem z. B. die «NZZ» die von der Verteidigung erwähnten Hintergründe und politischen Momente als *«Verpolitisieren»* abtut.

Vorliebe für Nebensächlichkeiten

Grosses Interesse widmet man Randphänomenen, welche rein polemischen Charakter haben. Im Bericht der «NZZ» zum vierten Prozess widmet man zum Beispiel der Verhandlung selbst rund ein Viertel des Textes, während der Rest reine Polemik ist gegen die Angeklagten und das Publikum. Ferner scheint es den Berichterstattern wichtig, Nebensächlichkeiten zu erwähnen, wie den *«Manchesteranzug»* und den *«dicken, auberginefarbenen Rollkragenpulli»* («TA») von Franz Schumacher, der da, laut *«NZZ», «über das Pult gebeugt, von Zeit zu Zeit die langen Haare aus dem Gesicht (zurückstrich)».*

Mit anderen Bemerkungen weiss man kräftiger zu schiessen, sei es gegen die Verteidigung, gegen die Angeklagten oder gegen das Publikum. Sie alle werden diffamiert.

Langweilige Verteidiger . . .

So unterschiebt z. B. der «TA» Franz Schumacher, dass er mit *«Episoden, die ‹improvisiert› aus den Mandanten herausgeholt werden (. . .), Stimmung gegen die Untersuchungsbehörden»* machen wolle. Was dann anschliessend an diese Unterstellung an Episoden, die mit viel Sinn für Nebensächliches ausgewählt wurden, berichtet wird, verliert, aus dem Kontext heraus, vor dem Leser vollends die Glaubwürdigkeit.

Die «NZZ» berichtet vom *«bärtigen Substituten»,* der von Franz Schumacher

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
das Sortiment mit der klaren Konzeption und dem grossen Laden

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

«ins Feuer geschickt» wurde und verschiedenes *«behauptete»*, bis dann jener selbst schliesslich eine *«Probe seines Könnens, lange zu reden, ohne viel zu sagen»* abgab.

Damit meint sie den historischen Exkurs von Schumacher, der dazu diente, einige Hintergründe und Zusammenhänge aufzuzeigen und endlich mehr Licht in das Verfahren zu bringen. Dass Die «NZZ» aufgrund dessen, was sie sich an «objektiver Berichterstattung» schon erlaubt hatte, kein Ohr haben wollte für Schumachers Erklärungen, versteht sich von selbst. Deshalb resümiert sie: *«Verpolitisierung»*, und sie unterstellt der Verteidigung, sie wolle *«mit einem sich über Tage und Wochen erstreckenden Verfahren (sich) schadlos halten»* für das *«entgangene Forum des Geschworenengerichtes»*. Mit *«schadlos halten»* will die «NZZ» sagen, Schumacher wolle sich an den Angeklagten bereichern, und verschweigt damit, dass Schuhmachers umfangreiche Recherchiearbeiten nur wegen der völlig unzulänglichen gerichtlichen Voruntersuchung nötig war.

... stinkendes Publikum

Auch dem vorwiegend jugendlichen Prozesspublikum wird in der gleichen Absicht viel Druckerschwärze und Papier gewidmet. Davon eine Stilblüte: *«Als man den Saal betrat, schlug einem stickige, muffige Luft entgegen: Es roch unerträglich nach Schweiss und nach Ungewaschenem; im Vergleich dazu duftet es in einem überfüllten Tram geradezu balsamisch»* («NZZ»). Den Feind sieht die Presse also auch im Publikum. Im gleichen Abschnitt des erwähnten Artikels und im unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Zitat werden dann die Klagen der Angeschuldigten über die Haftbedingungen erwähnt. Diese Klagen nahmen im Prozess sehr viel Zeit ein; insgesamt kommt ihnen auch ein bedeutender Stellenwert zu, wird doch hier die Untersuchungsbehörde selbst ins Rampenlicht gestellt und angeklagt. Davon will die Presse nichts wissen.

Dass solche pauschalen Diffamierungen beim Leserpublikum sehr wirksam sind, beweisen die verschiedenen Drohbriefe an die Verteidigung, deren Inhalt von *«Es gibt auch unter Rechtsanwälten schwarze Schafe»* bis *«Man sollte Sie ins Zuchthaus schicken»* oder *«Sie gehörten an die Wand gestellt»* lautet.

Man meint es doch nur gut

Nun, diese pauschalen Diffamierungen, die sich gegen Verteidigung, Angeklagte und Publikum richten, zwischen denen kaum Grenzen gezogen werden, stehen natürlich nicht ohne Gegenpol in den Blättern, gilt es doch, ein bestimmtes Freund-Feind-Schema auch in diesem Prozess durchzuziehen und erneut konkret aufzubauen. Ist es im «TA» vor allem der Vorsitzende Werner Moser, dessen *«Langmut»* und *«Nachsicht»* über alles gelobt werden, so spielt die «NZZ» einem viel breiteren Freundeskreis zum Tanz auf. Die Stadtverwaltung zeigte den *«Besetzern gegenüber Langmut»* und *«(schaute) deren Treiben untätig zu»*. Auch dem Stadtrat und der Hausbesitzerin windet die «NZZ» zum Silvester im Jahresrückblick 1974 (!) ein Kränzchen, da sie alle *«Toleranz übten, eine Haltung, die von Nutzniessern einmal mehr mit Spott und Gewalt quittiert worden ist»*. Anscheinend hat man alle der «Besetzung» vorausgegangenen Bestrebungen für eine vertragliche Miete des Objekts, das Verhalten der Mobag und die verschiedenen Aktionen der Polizei, die in der eigentlichen Räumung, der Aktion Julius, ihren Abschluss fanden und die auf sehr fragwürdigen Rechtsgrundlagen durchgeführt wurden, vergessen oder noch gar nicht zur Kenntnis genommen.

Kriminalisierung

Parallel zur Entpolitisierung und in die gleiche Richtung wie das Kontrastbild – nachsichtige und langmütige Richter; stinkende und anmassende Angeklagt – zielt die Kriminalisierung der politischen Tat *«Hausbesetzung»*. So werden *«Terroristen»* (Brandanschlag auf die Mobag am 28. Juli 1974) und *«Extremisten»* (Hegibachleute) in den gleichen Topf geworfen. Hier wird die dem Leser bereits früher anerzogene sprachliche Verknüpfung *«Extremist»* = *«Terrorist»* geschickt ausgenützt. Durch solches mehrfaches direktes Verknüpfen von Brandschatzung in der Mobag und Hegibach soll dem Mieterkampf einerseits die politische Relevanz entzogen und andererseits kriminelle Motive unterschoben werden.

Der Steuerzahler soll auch noch bezahlen

Ebenfalls sehr publikumswirksam ist die Darstellung der Entschädigungsforderungen der Angeklagten. Unter Ausnützung der Situation der öffentlichen Finanzen und des daraus resultierenden Spardrucks soll gegen die Angeklagten Stimmung gemacht werden. *«Verteidigung auf Staatskosten?»* betitelt der «Tagi» den Bericht zum ersten Verhandlungstag, an dem Franz Schumacher, unter Anwendung des damals noch rechtsgültigen *«Gesetzes zur Bekämpfung der Jugendkriminalität»*, die Übernahme der Verteidigungskosten der unter 25jährigen Angeklagten durch den Staat gefordert hatte.

Auch die gestellten Entschädigungsforderungen der Angeklagten wegen illegaler Haft und ungerechtfertigter Behandlung in U-Haft werden in völlig verzerrtem Kontext und gezielt unvollständig wiedergegeben. Nur ein Fall sei hier kurz aufgerollt:

- Schon bei der Verhaftung wurde der Betreffende mit Fusstritten traktiert und von der Polizei beschimpft.
- In nassen und tränengasdurchtränkten Kleidern mussten die Angeklagten mehrere Tage verbringen. Nur zur Vernehmung durch den Untersuchungsrichter durften sie sich kurz umziehen.
- Die Korrespondenz des Angeklagten wurde illegalerweise fotokopiert und zu den Akten gelegt, ohne den Betreffenden davon zu unterrichten.
- Ein Bezirksanwalt verhängte eine Briefzensur und stützte sich dabei dem Angeklagten gegenüber auf ein seit zwei Jahren ausser Kraft gesetztes Gesetz.
- Im KaPo-Gebäude wurde der gleiche Angeklagte zusammengeschlagen, als er sich weigerte, einem Angestellten beim Transport einer Wäschezeine zu helfen.

Da diese vor Gericht vorgetragenen ausführlichen Begründungen der Entschädigungsforderungen in der Presse fehlten, wirken auch die Forderungen unvermittelt und daher unverhältnismässig und anmassend. Der Leser kann sie nicht verstehen.

Warten auf Godot

Seit dem letzten Verhandlungstermin sind nun bereits mehr als zwei Monate vergangen, und noch immer sind die Urteile nicht gefällt worden. So konnte wohl der Zürcher Wahlkampf von brisanten Themen wie Wohnraumverdrängung und *«Häuserbesetzung»* sauber gehalten werden. *Arbeitsgruppe Medienkritik*

Vortragsveranstaltung der Limmat-Stiftung Zürich:

Programm **Mittwoch, 14. Mai, 20.00 h,**

Eidg. Technische Hochschule, Rämistrasse 101, 8006 Zürich, Auditorium F1:

Vortrag: **Overpopulation?**

Der Mythos der Überbevölkerung
gehalten von *Prof. Colin Clark*, Fakultät der Ökonomie und Politik der Monash University, Clayton, Australien.
Das Referat wird in englischer Sprache gehalten; Simultanübersetzung auf deutsch. Anschliessend Diskussion.

Donnerstag, 15. Mai, 10.15 h.
Hotel Zürich, Neumühlequai 42, 8001 Zürich:
Diskussionsrunde in kleinerem Kreis.
Anmeldung nach Referat am Vorabend. Keine Simultanübersetzung.
Die Veranstaltung ist öffentlich; Eintritt frei.
Veranstalter: Limmat-Stiftung für Wohlfahrt und Bildung, Klosbachstrasse 107, 8032 Zürich, Tel. (01) 34 35 66.

ASSISTENTEN

Bezahlt einen Solidaritätsbeitrag an den «ZS» – die jüngeren Kommilitonen sind Euch dankbar dafür. PC 80-35 598, (Talon S. 1). Geheimtip: «ZS» abonnieren ist noch bequemer!

Ansprechende Auswahl
günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

Harte Kontaktlinsen

und

weiche Kontaktlinsen

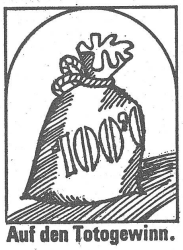
Preise auf Anfrage

Mit Bier kann man auf alles anstossen:

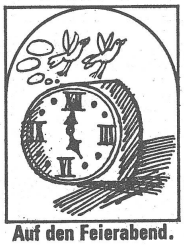
Auf ein langes Leben.

Auf das schöne Wetter.

Auf die Freundin in der Ferne.



Auf den Totogewinn.



Auf den Feierabend.

Auf das nächste Bier.

BRAUEREI A. HÜRLIMANN AG, ZÜRICH
LÖWENBRÄU ZÜRICH AG, ZÜRICH
BRAUEREI WÄDENSWIL, WEBER AG

Zwischen zwei Vorlesungen ein erfrischendes

Farben
zum selber Malen
und die gute
Beratung bei

CANONICA! + Co

Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)

Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

Vertrauen Sie mir Ihre
Dissertation, Lizentiatsarbeit
usw. an. Ich tippe sie schnell, sauber und preisgünstig mit meiner **IBM Executive** (Buchschrift) druckfertig ab. Referenzen vorhanden.
Telefon (01) 78 48 20

Gratis nach Paris

kannst Du vielleicht, wenn Du noch vor Ende Mai Dein Inserat in die Gratis-Reisepartnerbörse «Reis mit!» einschickst. Näheres findest Du im «konzept».

Analytische Gruppendynamik
Verlangen Sie das ausführliche Programm der Veranstaltungen 1975.
Gruppendynamik zu erschwinglichen Preisen mit Vergünstigungen für Studenten.
Arbeitsgemeinschaft Schweiz der Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik
8307 Effretikon
Wangenerstrasse 5 Tel. (052) 32 51 68

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo ...
Grosse Auswahl
10% Rabatt für alle Studenten

Weinbergstrasse 15
8001 Zürich
Telefon (01) 34 94 43

Lehrbücher und Fachbücher für
Technik, Betrieb und Wirtschaft

Alle Neuerscheinungen in unseren Fenstern und auf den Ladentischen.

Buchhandlung zum Elsässer
Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47/32 16 12